Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1040, - Inland: Jahresabonnement 150.-, Halbjahresabonnement 75.-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./ Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Tel.: 0222/573723. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040, Tel. 0222/573723, Journaldienst: Mo-Fr: 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-

Nr. 19/2. Jahrgang 15. September 1977

Aus dem Inhalt:

Kreisky: „Die Zeit der Mäßigung ist gekommen"

Kapitalisten, Regierung und ÖGB-Spitzen propagieren noch schärferen Lohnabbau

Die großen kollektivvertraglichen Lohnrunden sind noch einige Monate entfernt, ihre Vorbereitung durch die Unternehmerverbände, die Regierung und die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften hat aber längst begonnen.

Nach der Lohnstop-Forderung von ÖIAG-Generaldirektor Geist im Juli ist die Kette von Stellungnahmen zu den nächsten Lohnrunden von seiten der Unternehmerverbände, der führenden sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfunktionäre, der ÖVP-„Arbeitnehmervertreter" und der Regierungsmitglieder nicht mehr abgerissen. Abgesehen von dem ÖVP-SPÖ-Gezänk rund um diese Stellungnahmen laufen sie im Kern allesamt auf das gleiche hinaus: Nach den letzten Lohnraubabschlüssen und dem beständig fortlaufenden Lohnabbau in der Vergangenheit sollen die nächsten Lohnrunden einen neuen Höhepunkt des Lohnraubs besiegeln.

Die letzten Lohnabschlüsse Anfang dieses Jahres haben nicht einmal brutto die reine Entwertung der Löhne in den vorangegangenen 13 Monaten durch die Preiserhöhungen abgegolten. Ein Maß für die Erhaltung des früheren Niveaus der Lebenshaltung stellt der Vergleich der Lohnerhöhungen mit der offiziellen Preissteigerungsrate ohnehin kaum dar: erstens wegen der Untauglichkeit des Preisindex für die Erfassung der wirklichen Entwicklung der Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen; zweitens wegen der Tatsache, daß der Kreis der Produkte, den die Arbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitskraft konsumieren müssen, durch vielfältige Wirkungen der Entwicklung der Ausbeutung beständig ausgeweitet wird und damit neben den erhöhten Preisen der früher notwendigen Produkte auch neue erzwungene Ausgaben finanziert werden müssen.

Wenn z.B. durch die Zwangseinsparungen im Gesundheitswesen heute Medikamente zum vollen Preis gekauft werden müssen, die früher über die Krankenkassa bezogen werden konnten, wird diese notwendige Mehrausgabe durch keine Preisindex-Spielerei abgedeckt. Und diese notwendigen Mehrausgaben sind für die Lohnabhängigen zahlreich. Selbst wenn die Reallöhne gleichbleiben oder geringfügig steigen, sinkt dadurch zugleich die Lebenshaltung der Massen. Ein drastisches Zeichen dafür ist der sinkende Anteil der

Fortsetzung auf Seite 5

Die Demonstration zum Parlament am 26. Oktober wird den Kampf gegen das österreichische Atomkraftwerksprogramm zusammenfassen

Auf Beschluß der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) findet am 26. Oktober eine große Demonstration zum Parlament in Wien statt, wofür in ganz Österreich mobilisiert wird. In welcher Situation wird diese Demonstration durchgeführt und welche Ziele verfolgt sie - von der richtigen Beantwortung dieser Fragen hängt es mit ab, wieviele Menschen tatsächlich für die Teilnahme an der Demonstration gewonnen werden können

In welcher Situation wird die Demonstration vorbereitet und stattfinden

Die Demonstration findet in einer Situation statt, wo die Bewegung nach den großen Demonstrationen vom 12. und 25. Juni in Zwentendorf und Allentsteig auch in der Urlaubszeit keineswegs erloschen ist und in den letzten Wochen gerade anläßlich der bevorstehenden Anlieferung der Brennelemente für das Zwentendorfer AKW und der Vorbereitung von Kampfaktionen dagegen neuerlich die Kräfte zu sammeln und zu konzentrieren begonnen hat. Dies ist auch nötig angesichts der festen Absicht der Direktoren von der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H., in Zwentendorf schon in Bälde den Probebetrieb aufzunehmen, der sich von der vollen, laut Regierungsbericht für Sommer 1978 beabsichtigten Inbetriebnahme nicht mehr wesentlich unterscheidet.

Entweder die Bundes- und Landesregierungen trauen sich bis zum 26.10. für die Anlieferung der Brennelemente kein grünes Licht zu geben, oder es kommt zur Anlieferung und zu Blockadeaktionen dagegen, oder es gelingt nicht, dem Transport entgegenzutreten und ihn aufzuhalten - in jedem Fall wird der 26.10. mit im Zeichen dieser aktuellen Kampfaufgabe stehen und in Verbindung damit die Forderung gegen jegliche Inbetriebnahme des Zwentendorfer AKW. Die Demonstration am 26.10. findet in einer Situation statt, wo es der herrschenden Klasse und ihrer Regierung nicht und nicht gelingen will, die Bewegung gegen Atomkraftwerke durch Spaltung von innen sowie durch offene Unterdrückungsmaßnahmen von seiten des Staates auszuschalten und wo insbesondere die Regierungspartei seit einem halben Jahr nichts unversucht läßt, um die Arbeiter gegen die Bewegung gegen Atomkraftwerke auszuspielen und aufzuhetzen. Das ist ein teuflisches Manöver. Das *kann* sie nur so starten, indem sie sich auf die rückschrittlichsten und kleinbürgerlichen Kräfte in der Bewegung gegen Atomkraftwerke bezieht, die die Atomkraftwerke, nicht aber Kapitalismus und Imperialismus als das größte Übel hinstellen, und die Atomkraftwerke nicht nur unter den heutigen Produktionsverhältnissen, sondern für alle Zeiten bekämpfen wollen.

Dieser Versuch der Regierung, die Arbeiter gegen die Bewegung auszuspielen, ist noch nicht nennenswert durchkreuzt, er muß aber durchkreuzt werden und zwar eben dadurch, daß alles Nötige geschieht, um der Arbeiterklasse die Führung der Bewegung zu sichern.

Schon älter ist der betrügerische Plan und die Absicht der Regierung, die längst gefällten Entscheidungen für die Einrichtung des Zwentendorfer AKW und die Durchführung eines richtiggehenden

Fortsetzung auf Seite 4

2 Landrover für Zimbabwe! 450.000,- S für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!

Aufruf des ZK des KB Österreichs

In der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember führt der Kommunistische Bund Österreichs eine Spendensammlung für die Unterstützung des Volkskriegs in Zimbabwe gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus durch. Ziel dieser Spendensammlung ist der Kauf von zwei Landrovern für die Patriotische Front Zimbabwes, die Einheitsfront der kämpfenden afrikanischen Massen. Dafür müssen 450.000,- S aufgebracht werden.

Zimbabwe, das ist jenes Land, das die Imperialisten Rhodesien nennen. Sie nennen es deshalb so, weil Cecil Rhodes der Mann geheißen hat, der im Auftrag des Imperialismus Ende des letzten Jahrhunderts das zimbabwesche Volk überfallen, ihm das Land geraubt und die afrikanische Bevölkerung versklavt hat.

Man hört in letzter Zeit viel über Rhodesien. Das hat seine Ursache darin, daß das Volk von Zimbabwe heute zum entscheidenden Schlag gegen das reaktionäre Smith-Regime, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus ausholt.

Kein Wunder, daß die Imperialisten in der ganzen Welt aufgeregt herumjagen und nach Möglichkeiten und Plänen suchen, um Rhodesien vor dem Ansturm der Volksmassen zu retten. Oder zumindest einen solchen Ausweg zu finden, der die weitere Ausplünderung des Landes und Ausbeutung und Knechtschaft der schwarzen Massen durch den Imperialismus gewährleistet. Während sich die imperialistischen Bosse Ian Smiths in Washington und Westeuropa derzeit vor allem darauf orientieren, das Smith-Regime so lange als möglich an der Macht zu halten, um die weiße Bastion aufrüsten und zugleich eine Garde schwarzer Imperialistenknechte heranziehen zu können, setzt die sozialimperialistische Sowjetunion in der Hauptsache auf Spaltung des Befreiungskampfes und Unterwerfung der Befreiungsbewegung unter ihre Weltherrschaftspläne. Aber auch die österreichischen Imperialisten versuchen, im Sog des US- und BRD-Imperialismus an der Ausbeutung und Ausplünderung Zimbabwes und des Volkes von Zimbabwe möglichst großen Anteil zu haben. Ge-



Fortsetzung auf Seite 15

Ewiger Ruhm dem Vorsitzenden Mao Tse-tung, dem großen Führer und Lehrer



Aus der „Botschaft an die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes" von den leitenden Organen der KP Chinas und der Volksrepublik China, 9.9.1976:

Der Vorsitzende Mao Tsetung war der Gründer und weise Führer der Kommunistischen Partei Chinas, der Chinesischen Volksbefreiungsarmee und der Volksrepublik China. Der Vorsitzende Mao führte unsere Partei in den langwierigen, scharfen und komplizierten Kämpfen gegen die rechts- und „links"opportunistischen Linien innerhalb der Partei. Auf diese Weise war unsere Partei imstande, sich im Klassenkampf und im Kampf zweier Linien ständig zu entwickeln und an Stärke zu gewinnen. Unter Führung des Vorsitzenden Mao hat sich die Kommunistische Partei Chinas aufeinem Weg voller Windungen und Wendungen zu der großen, ruhmreichen und korrekten marxistisch-leninistischen Partei entwickelt, die heute die Führung der Volksrepublik China innehat.

In der Periode der neudemokratischen Revolution legte der Vorsitzende Mao, in Übereinstimmung mit der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus und diese mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution verbindend, schöpferisch die Generallinie und die allgemeine Politik der neudemokratischen Revolution fest, gründete die Chinesische Volksbefreiungsarmee und betonte, daß in China die bewaffnete Machtergreifung nur auf dem Weg der Errichtung von ländlichen Stützpunktgebieten, der Einkreisung der Städte von den Dörfern aus und der schließlichen Eroberung der Städte und auf keinem anderen Weg gelingen werde. Unter seiner Führung haben unsere Partei, unsere Armee und unser Volk in einem Volkskrieg die reaktionäre Herrschaft von Imperialismus, Feudalismus und bürokratischem Kapitalismus gestürzt, den großen Sieg in der neudemokratischen Revolution errungen und die Volksrepublik China gegründet. Der Sieg der Revolution des chinesischen Volkes unter Führung des Vorsitzenden Mao hat die Lage im Osten und in der Welt insgesamt verändert und der Befreiung der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker einen neuen Weg gebahnt.

In der Periode der sozialistischen Revolution faßte der Vorsitzende Mao die positiven wie die negativen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung allseitig zusammen, analysierte mit durchdringender Schärfe die Klassenbeziehungen in der sozialistischen Gesellschaft und stellte zum ersten Mal in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus klar und eindeutig fest, daß, nachdem die sozialistische Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln im wesentlichen vollendet ist, immer noch Klassen und Klassenkämpfe existieren, und entwickelte die wissenschaftliche These, daß die Bourgeoisie mitten in der Kommunistischen Partei sitzt; er stellte die große Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats auf und legte die grundlegende Linie der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus fest. Angeleitet von der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao haben unsere Partei, unsere Armee und unser Volk den Siegeszug fortgesetzt und in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau große Siege errungen. In der großen, bevölkerungsreichen Volksrepublik China am Sozialismus festgehalten und die Diktatur des Proletariats gefestigt zu haben – das sind große Beiträge von welthistorischer Bedeutung, die der Vorsitzende Mao Tsetung für unser Zeitalter geleistet hat. Zugleich hat dies der internationalen kommunistischen Bewegung neue Erfahrungen für die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus, die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats, die Verhütung einer Restauration des Kapitalismus und für den Aufbau des Sozialismus geliefert.

Der Vorsitzende Mao Tsetung wertete die revolutionäre Praxis der internationalen kommunistischen Bewegung aus, stellte eine ganze Reihe wissenschaftlicher Thesen auf, bereicherte die Schatzkammer der marxistischen Theorie und wies dem chinesischen Volk und den revolutionären Völkern der ganzen Welt die Richtung des Kampfes.

Der Vorsitzende Mao Tsetung war der größte Marxist unserer Zeit. Die großartigen Beiträge, die er für das chinesische Volk, das Weltproletariat und die revolutionären Völker der ganzen Welt geleistet hat, sind unvergänglich.

Grußadresse zum XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas
An den Vorsitzenden des Zentralkomitees, Genossen Hua Guo-feng

Wien, 1. September 1977

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs sendet dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas herzliche revolutionäre Grüße anläßlich des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas. Wir begrüßen und unterstützen entschieden die Beschlüsse des XI. Parteitags. Der XI. Parteitag ist ein Meilenstein in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas. Er ist ein Meilenstein in der Festigung und im Ausbau der mit der Zerschlagung der „Viererbande" errungenen großen Siege, in der Verteidigung und Anwendung der marxistisch-leninistischen ideologischen und politischen Linie der Kommunistischen Partei Chinas, insbesondere der großen Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, in der allseitigen Entfaltung des Klassenkampfes, der Fortführung der proletarischen Revolution und des stürmischen Aufschwungs des Aufbaus des Sozialismus in China.

Der XI. Parteitag wird als äußerst bedeutendes Ereignis in die ruhmreiche Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas eingehen. Die Zerschlagung der „Viererbande" bezeichnet die siegreiche Beendigung der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution in China nach elf Jahren. Dies bedeutet – wie der Parteitag festgehalten hat – keinesfalls die Beendigung des Klassenkampfes und der Weiterführung der Revolution. Im Gegenteil hat der XI. Parteitag den Grundstein gelegt für neue, noch größere Siege des chinesischen Volkes, der chinesischen Arbeiterklasse, der chinesischen Kommunisten. Er hat die Bedingungen geschaffen, um das Werk von Vorsitzendem Mao, um die von Vorsitzendem Mao ausgearbeitete innere und äußere Politik der Kommunistischen Partei Chinas fortzusetzen und umfassend zu verwirklichen.

Wir begrüßen und unterstützen den Aufruf des XI. Parteitags an die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten und zu verteidigen, seinem Vermächtnis treu zu folgen, sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei mit dem Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zusammenzuschließen, an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, alle positiven Faktoren in und außerhalb der Partei, sowohl im Inwie auch im Ausland auszunutzen, und beharrlich dafür zu kämpfen, die strategische Entscheidung, „durch Anpacken des Hauptkettengliedes die Angelegenheiten unseres Landes gut zu regeln", zu verwirklichen, die Diktatur des Proletariats zu festigen, noch in diesem Jahrhundert unser Land zu einem großen, mächtigen und modernen sozialistischen Staat aufzubauen, um so für die Menschheit noch größere Beiträge zu leisten.

Wir begrüßen und unterstützen die internationale Politik der Kommunistischen Partei Chinas, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten, am proletarischen Internationalismus festzuhalten und die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für auswärtige Angelegenheiten weiter durchzuführen; die Einheit mit den sozialistischen Ländern, mit dem Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen und mit den anderen Ländern der Dritten Welt zu verstärken, sich mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, zu vereinigen und eine breitestmögliche Einheitsfront gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, zu bilden; auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen mit verschiedenen Ländern aufzunehmen und zu entwickeln; die Einheit mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt zu verstärken und den Kampf gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als dessen Zentrum bis zu Ende zu führen.

Im Einklang mit der marxistisch-leninistischen ideologischen und politischen Linie des Parteitages hat der Parteitag ein neues Zentralkomitee gewählt.

Den gewaltigen Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus, zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk einerseits und der Viererbande, einer Handvoll besserungsunwilliger Machthaber auf dem kapitalistischen Weg andererseits – diesen großen Kampf hat die ganze revolutionäre Menschheit mit großer Anteilnahme verfolgt: Große Sorge wich nach der Zerschlagung der "Viererbande" und der immer umfassenderen Aufdeckung ihres Wesens und ihrer Politik durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas großer Freude und Begeisterung. Dieser elfte große Linienkampf in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas ist von größter welthistorischer und internationaler Auswirkung und Bedeutung. Auch der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, der einen ersten Abschluß dieses elften Linienkampfes gebracht und die Fortführung der proletarischen Revolution in China auf eine neue Stufe gehoben hat, ist ein Ereignis von großer internationaler Tragweite.

Während die Marxisten-Leninisten und die Völker der Welt die Revolution in China unterstützen, haben die Imperialisten und alle Reaktionäre der Welt, insbesondere die beiden Supermächte, ihre wilde Hetze gegen die Revolution in China verstärkt. Die Zerschlagung der "Viererbande" und der XI. Parteitag waren schwere Schläge gegen diese Kräfte. Die Proletarier aller Länder und die Völker der Welt hingegen können die Siege des chinesischen Volkes und der Kommunistischen Partei Chinas auch als ihre eigenen Siege, als Siege in ihrem ureigensten Interesse, begrüßen.

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas erfüllt uns mit großer Freude und Begeisterung sowie mit Siegeszuversicht. Die Siege des chinesischen Volkes und seine Beiträge zur proletarischen Weltrevolution sind uns Ansporn, auch unsererseits unseren politischen Aufgaben noch besser nachzukommen, die proletarische Revolution in Österreich vorzubereiten und für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte der Welt zu kämpfen.

Kommunistischer Bund Österreichs
Walter Lindner/Sekretär des ZK

Dokumente des XI. Parteitags der KP Chinas

PEKING RUNDSCHAU 35/77:
- Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas
- Politischer Bericht, Hua Guo-feng

Preis: S 2,50

Zu beziehen über: „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten", Fa. A. Wieser, Postfach 13, 1042 Wien.

Gemeinderatswahlen in Salzburg

Jede Stimme für den Kommunistischen Bund ist eine Stimme für den Sozialismus

Der Kommunistische Bund Österreichs kandidiert zur Gemeinderatswahl in Salzburg, um den bürgerlichen Parteien auch auf diesem Kampffeld gegenüberzutreten und den Wahlkampf für eine weitere Verankerung der Ziele der Arbeiterklasse zu nutzen.

Unterschriftensammlung für die Kandidatur als Bestandteil des Wahlkampfes

Ein bedeutender Teil des Auftretens der Ortsgruppe in diesem Sinne war die Sammlung der Unterstützungsunterschriften für die Kandidatur des KB. Es wurde nicht unter dem Motto gesammelt: „Auch der KB soll kandidieren dürfen", sondern auf die bewußte Unterstützung der Politik des KB und des Ziels des Sozialismus hin. Deshalb ist es als Erfolg und Ansporn zu werten, daß 192 Menschen die Kandidatur des KB in Salzburg während der eineinhalb Monate dauernden Unterschriftensammlung, auch auf die Gefahr von Repressalien hin, unterstützt haben.

Aufgrund der Einschränkungen des bürgerlichen Wahlgesetzes (Pendler, Jugendliche und solche, die nicht den Hauptwohnsitz in Salzburg gemeldet haben, sind nicht wahlberechtigt) wurden von 192 Unterschriften 84 als „nicht gültig" gestrichen. Dessen ungeachtet ist jede Unterschrift, egal ob gültig oder ungültig, eine Unterstützung des revolutionären Programms! Der KB hat damit die vom Wahlgesetz vorgeschriebene Unterschriftenzahl von 100 erreicht und mußte zur Kandidatur zugelassen werden.

Wir sind mit der Unterschriftensammlung in die Öffentlichkeit getreten und haben viele Menschen angesprochen. Bei der Agitation am Lokalbahnhof meinte eine Frau, die zusammen mit ihrem Mann unterschrieb, nachdem sie im Programm des KB gelesen hatte: „Ich kann am eigenen Leib bestätigen, daß man durch die Ausbeutung ruiniert wird. Ich habe jahrelang strenge Arbeit im Gastgewerbe gemacht, jetzt bin ich mit 40 Jahren eine Frühpensionistin mit einer Nervenkrankheit."

Der herrschenden Klasse und ihren Parteien ist schon die Tatsache unserer Kandidatur und das Aufscheinen der Liste 6 „Kommunistischer Bund" ein Dorn im Auge. Zum ersten Mal seit dem revisionistischen Verrat der KPÖ und nach der Kandidatur der „Marxisten Leninisten Österreichs" zu den Nationalratswahlen 1966 stört die Aufstellung einer revolutionären kommunistischen Liste den Haufen der bürgerlichen Parteien bei ihrem betrügerischen Geschäft.

Nutzung der Wahlen für die Ziele der Arbeiterklasse

In der Agitation vor Betrieben und in der Stadt wird die Haltung der bürgerlichen Parteien zu den wichtigen Fragen des Klassenkampfes und ihr Interesse an der Verteidigung der Ausbeuterordnung angegriffen. Daneben gibt es gezieltes Auftreten auf den Veranstaltungen der Parteien selbst. Auf diesen Veranstaltungen sind fast ausschließlich Funktionäre und langjährige Mitglieder dieser Parteien – eine Wahlveranstaltung, die Menschen über diesen Kreis hinaus angezogen hätte, fand keine statt, was ein bezeichnendes Licht auf die Abnützung dieser Parteien wirft. Auf einer kleinen Stadtteilveranstaltung mit ca. 40 Teilnehmern hat die FPÖ ihre Propaganda nicht unwidersprochen durchgebracht. Der Schwindel über die angeblichen Bedenken der FPÖ gegen den Bau von Atomkraftwerken und die direkte Mitbeteiligung an Zwentendorf durch FPÖ-Vizebürgermeister und Aufsichtsratmitglied der SAFE, Steiner, wurde in der Diskussion aufgedeckt. Das brachte Steiner, Landesrat Leitner und „Volksanwalt" Zeilinger auf die Beine und vor allem letzterer versuchte lautstark, unsere Argumentation zu unterbinden - vergeblich. In der Hitze des Gefechtes platzte Zeilinger freimütig heraus: „Gut, wenn Sie demagogisch werden wollen - ich bin der bessere Demagoge als Sie!"

Gegen die Behauptung, die SPÖ richte Greißler zugrunde, wurde auf den Ruin der Kleinhändler durch das große Handelskapital hingewiesen. Der Versuch Zeilingers, den „Konsum" der SPÖ ins Feld zu führen, nützte da nichts.

Gegen die Demagogie über eine angeblich „marxistische" SPÖ wurde auf die bürgerliche Gemeinsamkeit von SPÖ, ÖVP und FPÖ hingewiesen, die sich in allen Fragen hinter den vordergründigen Schattenboxereien zeigt und die im Salzburger Gemeinderat z.B. dadurch zum Ausdruck kommt, daß 95 % der Beschlüsse einstimmig gefaßt werden. Nach 20 Minuten scharfer Auseinandersetzung konnte Vizebürgermeister Steiner nur noch eilig ein Schlußwort zusammenstoppeln und die Veranstaltung für geschlossen erklären.

Die großen Wahlveranstaltungen von SPÖ und ÖVP laufen überhaupt nur mit Reden, Konferenciers und viel Blasmusik ab, wobei Rausschmeißer jedes Auftreten gegen den Wahlbetrug sofort unterdrükken. Bessere Gelegenheit zum direkten Auftreten gegen die Propaganda dieser Parteien werden sich bei ihren Ständen und Werbebussen bieten, mit denen sie sich unters Volk mischen.

Die bürgerlichen Parteien machen mit ungeheurem Aufwand an Plakaten, Broschüren, Wahlgeschenken etc. ein großes Spektakel und viele Versprechungen, daß alles besser wird, wenn sie gewählt werden. Wir rufen alle revolutionär gesinnten Menschen auf, diesem Schwindel, der über die kapitalistischen Verhältnisse einen Schleier legen will, entgegenzutreten und die Kandidatur des KB zu nutzen, um die Ziele der Arbeiterklasse zu propagieren.

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

B.O./Ortsleitung der OG-Salzburg des KB

Hannes Friedl verurteilt!

Am 2. September wurde der Buchhändlerlehrling H. Friedl, Kandidat des KB zu den Gemeinderatswahlen in Salzburg, wegen „boshafter Sachbeschädigung" zu einer Strafe von 600,– S und Bezahlung der Schäden verurteilt. „Sachbeschädigt" hat er Gebäude der Finanzbourgeoisie - Banken - und der Kirche mit Aufschriften „Laßt die Antifaschisten frei!". Verurteilt wurde neben der „Sachbeschädigung" der Bourgeoisháuser sein entschlossenes Auftreten nach der Verhaftung von vier Antifaschisten, die im Mai gegen den Rebhandl-Nazistand am Alten Markt aufgetreten waren und 3 Tage in Haft gehalten wurden. H. Friedl zeigte in seiner Verteidigungsrede vor da. 40 Zuhörern die Berechtigung des antifaschistischen Auftretens und prangerte die bürgerliche Justiz als Feind jeder demokratischen Bewegung an.

Gegen die Verurteilung wurde Berufung eingelegt.

„Gerngroß hat verspielt" - aber der Gemeinderat ist voll für den Aufbauplan

„Da kann man nichts machen, der Gerngroß hat verspielt", sagten die Gemeinderatspolitiker am 6. Juli vor einer Elternversammlung in Salzburg/Lehen, die geschlossen gegen die Ausbaupläne des Gerngroß und für die volle Errichtung eines Kinderspielplatzes auf einer der letzten noch unverbauten Flächen in Lehen Stellung genommen hatte. Kurze Zeit später holen dieselben Gemeinderatspolitiker zu einem umfassenden Manöver für die Durchsetzung der Gerngroß-Ausbaupläne aus: Es wird jetzt eine Anrainerbefragung durchgeführt. Zur Wahl steht die Variante I „Errichtung eines Spielplatzes ohne Vergrößerung der Firma Gerngroß" und die Variante II „Die Firma Gerngroß erhält 9 % der Flächen für einen Ausbau und überläßt dafür unentgeltlich einen Dachspielplatz". Die Variante II wird im Prospekt des Magistrats in den besten Farben gepriesen, während bei der Variante I nicht einmal die schon früher an den Magistrat gerichteten Pläne der Elterninitiative berücksichtigt sind. Die Befragung wird völlig unseriös von einem vom Magistrat ausgesuchten Institut durchgeführt.

Die Elterninitiative hat ein Flublatt herausgegeben, in dem es heißt: *„Was wird mit der Einlösung der Versprechen, wenn Gerngroß sein einziges Ziel - 1200 Quadratmeter von der Spielfläche - erreicht hat??? Sein Versprechen von 1973! - nämlich Lärmschutzvorrichtungen - hat Gerngroß bis heute noch nicht gehalten!! Unsere Politiker hat Gerngroß schon 'überzeugt'. Das sieht man daran, daß in den Unterlagen zur Anrainerbefragung, die sie von der Stadtverwaltung bekommen haben, wichtigen Wahrheiten, die gegen Gerngroß sprechen, fehlen..."*

Die bürgerliche Presse Salzburgs schrie auf dieses Flugblatt beinahe unisono auf: *„Radikale und Anarchisten bekommen überhaupt keinen Kinderspielplatz"*. Gerngroß droht der Herausgeberin mit einer Klage wegen Ehrenbeleidigung.

Auf jeden Fall soll das Ganze bis nach den Gemeinderatswahlen verschoben werden.

Die Lehener Eltern werden klare Pläne für weitere Schritte gegen den Gemeinderat fassen müssen,

3.000 Unterschriften für den vollen Kinderspielplatz, das erfolgreiche Kinderfest und das Auftreten auf den Anrainerversammlungen zeigen, daß Geschlossenheit möglich ist, wenn man klare Pläne hat.

B.O.

Aufruf des KB Österreichs zu den Salzburger Gemeinderatswahlen

zu beziehen über Ortsgruppe Salzburg des KB, ihre Zellen und Verteiler sowie über Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12.

Wahlveranstaltung der Ortsgruppe Salzburg

23.9., 19,30 Uhr, Haus der Natur; es spricht Genosse Walter Lindner, Sekretär des Zentralkomitees.

Gemeinderatswahlen in Innsbruck – im Zeichen wachsender Unruhe im Volke

Am 2. Oktober sind Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt. Insgesamt 7 Listen buhlen um die Stimmen der Volksmassen. Die VP schickt gleich zwei offizielle Listen ins Rennen: die Liste des Bürgermeisters Lugger und die Liste des Wirtschaftsbundes, der beim Geraufe um die Listenplätze, um Posten und Pfründe, sich intern übervorteilt fühlt. Während sie sich im Wahlkampf bekriegen, versichern sie gleichzeitig, nach dem Urnengang wieder ein Herz und eine Seele zu sein. Dazu kommen SPÖ, FPÖ, TAB, KPÖ und neuerdings die „Grüne Liste".

Die entscheidenden, für die Entwicklung der Arbeiterklasse und des Volkes brennenden Fragen werden aus dem Wahlkampf herausgehalten. Aber das gelingt ihnen nicht. Im letzten Jahr ist einiges in Bewegung gekommen, das Ansehen der Parteien und Politiker ist gesunken. Treten sie öffentlich auf, dann formieren sich die Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen, um sie öffentlich zur Rede zu stellen.

Eine wichtige Frage sind in Innsbruck die chaotischen Verkehrsverhältnisse

Der Verkehr droht zusammenzubrechen. Die Zubringung der Menschen und Waren zur Geschäftemacherei des Kapitals kommt ins Stocken. Der Geschäftsgang des Kapitals, das sich in der Innenstadt niedergelassen hat, entwickelt sich nicht richtig. Die Kapitalisten am Stadtrand jammern über Verkehrsprobleme, das Handels- und Wucherkapital ist mit der Versorgung mit Menschen nicht zufrieden, beklagt den schleppenden Fortgang des Warenaustausches.

Sie diktieren die Bedingungen, wonach die Parteien im Rathaus die „Pläne für die Zukunft der Stadt", den *„Generalverkehrsplan"* entwerfen, der festlegt, wo welche Straßen gebaut werden, wie die Linienführung der öffentlichen Verkehrsmittel für die Fabrikanten am günstigsten ist usw. Die Herren Kapitalisten wissen, ohne ihr „Ja und Amen" wird in Innsbruck nichts unternommen. Der Gemeinderat hat dann die Aufgabe, diese Wünsche der Grund- und Fabriksbesitzer in geschickter Verpackung der Bevölkerung als Fortschritt zu verkaufen.

Gegen diesen Generalverkehrsplan hat sich schon viel Widerstand entwickelt, so bei den Auseinandersetzungen mit der Gemeinde gegen die Rennwegtiefgarage oder beim jahrelangen Kampf gegen die Stadtautobahn Südring und die Holzhammerbrücke. Auch jetzt beginnt sich der Widerstand wieder zu regen und hat sich als erstes in St. Nikolaus zu formieren begonnen, gegen den Brückenschlag beim Englischen Garten und damit die Demolierung eines

Fortsetzung auf Seite 12

Aufruf des KB Österreichs zu den Innsbrucker Gemeinderatswahlen

zu beziehen über Ortsgruppe Innsbruck, Jahnstraße 25/Keller, über ihre Zellen und Verteiler sowie über Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12.

Wahlveranstaltung der Ortsgruppe Innsbruck

30.9., 19,30 Uhr, Konservatorium Museumstraße; es spricht Genosse Walter Lindner, Sekretär des Zentralkomitees.

Verhindern wir den Transport der Brennelemente nach Zwentendorf

Anfang September verdichteten sich die Gerüchte um einen bevorstehenden Antransport der Brennelemente für das Atomkraftwerk Zwentendorf. Die Atomkraftwerkskapitalisten und die damit befaßten staatlichen Stellen breiten über diesen Transport einen dichten Schleier.

Um Druck auf die Politiker auszuüben und diese Herren zu einer Stellungnahme zu zwingen, statteten in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck AKW-Gegner den zuständigen Herren einen „Besuch" ab, und veranstaltete die IÖAG und der KB Kundgebungen, in denen auf die Möglichkeit des Transports in dieser Woche hingewiesen wurde.

Wien – Innenminister Lanc: „Ich habe mir zur Inbetriebnahme von Zwentendorf noch keine Meinung gebildet."



Am Vormittag des 7. September marrösterreichischen Atomkraftwerksgegner ins Vorzimmer von Innenminister Lanc in der Herrengasse, um von ihm eine Stellungnahme in Angelegenheit Brennelementetransport zu fordern.

Nachdem wir unserem Wunsch durch einige Sprechchöre im Vorzimmer Nachdruck verliehen hatten, erschien schließlich auch der Minister und bedankte sich mit etwas gequältem Lächeln für unseren Besuch. Nach einem längeren Gespräch mit einer 10-köpfigen Delegation mußte er sich bereit erklären, auf unser nachdrückliches und entschlossenes Verlangen vor allen, die erschienen waren, eine Stellungnahme abzugeben. Seine Antwort auf unsere Fragen:

„1. Mit der Angelegenheit Antransport der Brennelemente wurde ich bisher nicht befaßt und kann Ihnen daher auch keine Auskunft geben.

2. Ich werde persönlich dafür eintreten, daß dieser Transport nicht vor der bevorstehenden Parlamentsentscheidung über das Atomkraftwerk Zwentendorf durchgeführt wird.

3. Zur Frage der Inbetriebnahme von Zwentendorf habe ich mir noch keine Meinung gebildet."

Als die Versammelten ihn vor allem für seine dritte Antwort, die eine offene Verhöhnung der Forderungen der IÖAG und der Interessen des Volkes darstellt, empört zur Rede stellen wollten, verschwand der Minister kurzerhand zu einer hausinternen Besprechung.

Graz: Kundgebung gegen Brennelementetransport und Demonstration zu Niederl

„Kein Uran nach Zwentendorf!", „Wer fürs Atomkraftwerk entscheidet, der kann kein Volksvertreter sein!" – unter diesen Losungen rief die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke am 6. September zu einer Kundgebung auf dem Grazer Hauptplatz auf, um in aller Öffentlichkeit gegen die betrügerische Geheimhaltung des Lieferungstermins der Uran-Brennelemente zu protestieren und die Massen auf eine mögliche Lieferung vorzubereiten.

Am Schluß der Kundgebung forderte die Vertreterin der Bürgerinitiative die Anwesenden auf, gemeinsam hinauf zum Landeshauptmann Niederl (VP) zu gehen und ihn mit den Forderungen „Kein Uran nach Zwentendorf", „Kein Probebetrieb in Zwentendorf" zu konfrontieren. Niederl und sein Stellvertreter Sebastian (SP) sind Aufsichtsratsvorsitzende der STEWEAG, die an Zwentendorf beteiligt ist. 57 Menschen zogen dann vors Büro des Landeshauptmanns, wo ... an Niederl und Sebastian gerichtete Brief verlesen wurde und weil Niederl nicht da war, dem Amtspräsidenten übergeben wurde.

Seither hat sich Niederl weder, wie gefordert, öffentlich noch brieflich dazu geäußert.

Innsbruck: Bürgermeister Lugger zur Rede gestellt

Ab Donnerstag, den 8.9.77, fanden durch 3 Tage hindurch in ganz Innsbruck Kundgebungen der Bürgerinitiative der AKW-Gegner Innsbrucks und des KB statt. Überall stießen die Pläne des heimlichen Brennelementetransports auf große Empörung.

An der Kundgebung des KB in der Maria Theresienstraße am Donnerstag nahmen bis zu 220 Menschen teil, die neue Straßenausstellung der Bürgerinitiative am Boznerplatz wurde von den Menschen aufmerksam studiert.

Auf der Veranstaltung der ÖVP-Frauen mit Bürgermeister Lugger zu den Gemeinderatswahlen, zu der offiziell nur Frauen geladen waren, versuchten Mitglieder der Bürgerinitiative und des KB, Bürgermeister Lugger zu stellen. Offensichtlich war er gewarnt worden: Die schriftlichen (!) Fragen mit der Aufschrift AKW oder Brennstäbe wurde von seinem Hilfsstab – der vorgab, die Themen ordnen zu wollen – gleich ausgesiebt mit der Begründung, „das Thema sei zu umfassend und nicht in der Kürze zu beantworten." VP-Abgeordneter THOMANN: „der Bürgermeister ist dazu überfordert, zu AKW Stellung zu beziehen." Die AKW-Gegner ließen sich aber nicht lumpen, sie umgingen die Hürde. Mit Themenangabe „Umwelt", „Lebensbedingungen" wurde er gestellt. Nach Zwischenrufen erklärte er: Das AKW betreffe uns in Tirol nicht, wir bräuchten keinen Strom aus AKW, und weiter sprach er „von der Verarbeitung der Gletscher zu einem Strom in Tirol". Die Frechheit dieser Rederei wird klar, wenn man bedenkt, daß die Tiroler Wasserkraftwerke AG (TIWAG) die höchste Beteiligung an Zwentendorf mit 11 % oder 400 Millionen hat.

Salzburg: LH Stellvertreter: „Aber die 150 Millionen wären doch dann herausgeschmissenes Geld!"

Eine Abordnung von ca. 15 AKW-Gegnern beschloß in Salzburg, zur Landesregierung zu gehen, um die Stellvertreter von Landeshauptmann Haslauer, der sich im Urlaub befand, über den Brennelementetransport zu befragen.

Auf unsere Forderung, Stellung zum Urantransport durch Salzburg und nach Zwentendorf zu nehmen, stellte sich der Landeshauptmann-Stellvertreter Bonimeier völlig naiv. Er tat so, als ob er das erstemal davon höre, daß man aus der Spaltung von Atomen Energie erzeugen könne. Er ließ sich das Wort Uranbrennstäbe von uns nahezu buchstabieren und spielte den völlig Unwissenden.

Plötzlich aber legte er los: „Überall im Nachbarland gibt es AKWe, und da ist es doch unsinnig, in Österreich auf sie zu verzichten. Die SAFE hat dafür 150 Millionen Schilling ausgegeben und die wäre dann weggeworfenes Geld .... "

Die Aktionen in ganz Österreich haben gezeigt:

1. Daß es möglich ist, durch breite Öffentlichkeitsarbeit und durch das Stellen der bürgerlichen Politiker den Antransport der Brennelemente in nächster Zeit politisch sehr zu erschweren, während diese Aktionen gleichzeitig eine gute Vorbereitung für direkte Konfrontationen gegen die Anlieferung von Brennelementen darstellen. Lanc mußte von sich aus zugeben, daß „wenn man jetzt die Brennelemente herbeischafft, bei der Bevölkerung der Eindruck entstehen würde, die Parlamentsentscheidung sei nur ein Nachgesang auf bereits getroffene Entscheidungen."

3. Wir können nicht das geringste Vertrauen in diese Herren setzen. Der Innenminister Lanc z.B., einer der „Besuchten", dessen Polizei die AKW-Gegner ständig überwacht und schikaniert, dessen Elitetruppen unter anderem bei der Demonstration am 12. Juni zur Bewachung des Atomkraftwerkes eingesetzt wurden, hat sich zu den Forderungen der IÖAG angeblich noch „keine Meinung gebildet".

Bürgermeister Lugger ist überfordert, LH Stellvertreter Bonimeier hat noch nie etwas von einem Brennelementetransport gehört usw. Er und seine Kollegen haben allen Grund, sich der Konfrontation mit den Forderungen und Interessen des Volkes zu entziehen. Haben er und seine Kollegen doch bisher schon nichts unversucht lassen, der imperialistischen Energiepolitik der österreichischen Bourgeoisie zum Durchbruch zu verhelfen. Gerade deshalb müssen wir die versammelte Bundesregierung und „Volksvertreter" am 26. Oktober mit vereinten Kräften zur Rechenschaft ziehen.

Nach Berichten aus Wien, Graz Salzburg und Innsbruck

Demonstration zum Parlament am 26. Oktober

Fortsetzung von Seite 1

Atomkraftwerksprogramms Österreichs durch das Parlament bestätigen zu lassen, um danach jeden Widerstand mit Verweis auf die „höchste Autorität" austreten zu können, um endlich das Werk in Betrieb zu nehmen und die Kassen der Verbund- und der Landeselektrizitätsgesellschaften kräftig klingeln zu lassen.

Dies sind einige Merkmale der heutigen Situation und der Lage des Gegners, die bei der Vorbereitung des 26.10. beachtet werden müssen.

Welches Ziel verfolgt die Demonstration am 26.10.

Vor allem das eine Ziel, der Regierung und dem Parlament die Entscheidung für die Inbetriebnahme streitig zu machen, die Regierung und die Oppositionsparteien zu einer klaren Stellungnahme zu den Hauptlosungen herauszufordern, sie für den Betrug, der mit der Parlamentskomödie seinen Höhepunkt erreichen soll, zur Rechenschaft zu ziehen und klar zu sagen, daß auch ein für die Inbetriebnahme lautender Parlamentsbeschluß den Kampf und die Bewegung nicht wird aufhalten können, daß man sich ihm nicht beugen wird. Die Demonstration am 26.10. wurde von Anfang an festgesetzt auch im Hinblick auf die Parlamentsdebatte über die Atomkraftwerke – weil sich diese aber immer wieder auf später verschoben hat und weil dann eine kurzfristige Mobilisierung und noch dazu an Werktagen nicht allzuviele auf die Füße bringen wird, hat die IÖAG den 26.10. festgelegt, der den Vorteil bietet, daß alle Spitzen der bürgerlichen Parteien im Parlament versammelt sind und man sie leichter zur Rede stellen kann. Vor dieser Konfrontation sollten sich die Herren Parlamentarier auch trotz der Bannmeile rund um das Parlament nicht geschützt wähnen.

Die offene Konfrontation der bürgerlichen Politiker mit der Bewegung und den Forderungen der IÖAG kann nicht früh und deutlich genug erfolgen, und auch hierin ist der 26. 10. gut gewählt, denn die früher oder später inszenierte Parlamentskomödie wird kein anderes Ergebnis bringen als im SPÖ-Parteivorstandsbeschluß vor dem Sommer und im Regierungsbericht vorgesehen:

Die Regierung ist der Ansicht, daß die Sicherheit des Atomkraftwerkes und die Lagerung des Atommülls gewährleistet werden kann, daß das AKW Zwentendorf in Betrieb gehen und die Errichtung weiterer Atomkraftwerke in Österreich nicht ausgeschlossen werden kann. Diese Schlußfolgerung aus dem Regierungsbericht über die Nutzung der Kernenergie wird – wenn nicht mit den Stimmen der großen Mehrheit von Abgeordneten aus allen Parteien so zumindest mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit angenommen. Illusionen, daß das Parlament doch anders entscheiden könnte, sind also ganz unberechtigt. Gleichzeitig müssen natürlich auch nach einer Abstimmung über den Regierungsbericht gerade jene „Volksvertreter" zur Rechenschaft gezogen werden, die offen für den Bericht Stellung nahmen und stimmten. Am 26. 10. gilt es die Versuche des bürgerlichen Staates anzuprangern, die Bewegung gegen AKW mit verschiedensten Mitteln und Methoden zu unterdrücken und die Notwendigkeit des entschiedensten demokratischen Kampfes zu propagieren. Am 26.10. gilt es, die bürgerlichen Politiker und Parteien und ihre Rolle zur Durchsetzung der gesamten imperialistischen Energiepolitik anzuprangern und zu bekämpfen: das heißt, die Mitarbeit Österreichs in der Internationalen Energieagentur aufzudecken und den sofortigen Austritt zu fordern; die Heranziehung der Massen zur Finanzierung des gewaltigen Atomkraftwerksprogramms über erhöhte Steuern und Stromtarife zu enthüllen, usw.

Die Kampfaktion am 26.10. soll zum Ausdruck bringen, daß die Bewegung gegen Atomkraftwerke zu einem festen Bestandteil des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Imperialismus und Reaktion gemacht werden kann und muß.

J.R.

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalisten, Regierung und ÖGB-Spitzen propagieren noch schärferen Lohnabbau

Ausgaben der Arbeiter für Lebensmittel. Unter den verlogenen Lobhudeleien eines Benya über die angeblichen Reallohnsteigerungen der letzten Jahre verbirgt sich nichts anderes als die schleichende Verelendung der Arbeiterklasse.

Damit noch lange nicht genug. Die österreichischen Kapitalisten haben nur einen Ausweg aus der Überproduktionskrise der imperialistischen Weltwirtschaft: durch noch schärfere Ausbeutung der Arbeiterklasse die anderen Ausbeuterkonkurrenten auf dem Weltmarkt auszustechen, ihnen Anteile am immer enger werdenden Markt abzujagen und damit wieder Platz für die Ausweitung ihrer eigenen Profitproduktion zu schaffen. Zu diesem Zweck haben sie einen wahren Feldzug der Steigerung der Ausbeutung gestartet. Der Lohnraub ist ein zentraler Bestandteil dieses Feldzugs.

Ihre Sprache ist dabei eindeutig. Geist forderte einen „befristeten Lohnstop". Mussil von der Bundeswirtschaftskammer erklärte: „Prinzipiell geht es angesichts der derzeitigen Konjunktursituation um die Frage, ob Erreichtes überhaupt erhalten werden kann..... Bei den Lohnrunden kann es nur darum gehen, die künftige Inflationsrate zu berücksichtigen." (Presse, 6.9.77).

Er meint damit, daß nicht einmal die jetzige offizielle Preissteigerungsrate bei den Lohnrunden abgegolten, sondern noch niedriger abgeschlossen werden soll – eben entsprechend einer „künftig niedrigeren Inflationsrate", die eine reine Fiktion ist, wenn man sich die Preisentwicklung der letzten Zeit ansieht. Wenn z.B. der Lohn eines Arbeiters durch die Preiserhöhungen der letzten 13 Monate um 1.500 Schilling entwertet wurde, soll er bei der Lohnrunde nur 800 Schilling erhalten, mit dem süßen Versprechen, daß in den nächsten 13 Monaten sein Lohn ohnehin nur um weitere 800 Schilling entwertet werde.

Die SP-Regierung hat für diese Anliegen der Kapitalisten „volles Verständnis". Nach ständigen „Mäßigungs"appellen von Androsch an die Lohnabhängigen erklärte nun auch Kreisky: „Wenn man jetzt erkennt, daß die Zeit der Mäßigung gekommen ist, wird man in der Lohnpolitik zurückhaltender sein müssen." (Presse, 7.9.)

Seine Genossen in den Gewerkschaftsspitzen sind ihm dabei noch zuvorgekommen. Benya meinte, es müßten nun Opfer gebracht werden, die „Reallohnerhöhungen" könnten nur mehr 1 – 2 Prozent betragen. ÖGB-Vizepräsident Dallinger beeilte sich, dazu festzustellen, daß diese 1 – 2 Prozent nur eine „längerfristige Gewerkschaftszielsetzung" seien. Mit anderen Worten: nicht einmal diese 1 – 2 Prozent „Reallohnerhöhung" müßten bei der nächsten Lohnrunde drin sein.

Die führenden ÖVP-Gewerkschafter unterscheiden sich in ihrer Argumentation von ihren SP-Kollegen nur darin, daß sie als Ausgleich für die auch ihrer Meinung nach notwendige gewerkschaftliche Zustimmung zum Lohnabbau an die SP-Regierung die Forderung nach einer frühzeitigeren Lohnsteuerreform stellen – ein rein demagogisches Manöver, denkt man an die ÖVP-Alleinregierung zurück und beachtet man die Tatsache, daß auch die VP-Gewerkschafter nicht daran denken, das Prinzip der Steuerauspressung der Lohnabhängigen für die reaktionären Zwecke des Staats mit Hilfe der Lohnsteuerprogression anzutasten.

Die ganze Maßhalte-Litanei der Unternehmerverbände, Regierung und Gewerkschaftsspitzen ist aufs engste verbunden mit einer verstärkten sozialimperialistischen und sozialchauvinistischen Propaganda unter den Lohnabhängigen. Die österreichischen Arbeiter sollen „Opfer bringen", um ihren Kapitalisten dazu zu verhelfen, ihren imperialistischen Konkurrenten im Wirtschaftskrieg größere Anteile an der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und Völker anderer Länder zu entreißen. Als Preis dafür winkt angeblich die „Sicherheit der Arbeitsplätze" – in Wahrheit steigende Ausbeutung und Ausplünderung, schärfste Rationalisierung und Verelendung, eine einschneidende Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihre Fesselung an die imperialistische Raubpolitik der österreichischen Ausbeuterklasse vom heutigen Wirtschaftskrieg bis hin zur Beteiligung an einem neuen Weltkrieg zwischen den beiden Supermächten um die Neuaufteilung der Welt.

In diesem ideologischen und propagandistischen Trommelfeuer, mit dem heute die Kapitalisten, Regierung und die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften die Arbeiterklasse belügen, geht es um zweierlei: erstens die Arbeiterklasse zu betäuben, imperialistisch und chauvinistisch zu verhetzen, zu spalten und auf die Hinnahme einer weiteren Verschärfung der Ausbeutung vorzubereiten; zweitens – vor allem seitens der Gewerkschaftsspitzen – zu sehen, wie weit sie bei den kommenden Lohnrunden gehen können, was sie in der Arbeiterklasse wirklich durchsetzen können.

Umso wichtiger ist es, in den kommenden Wochen und Monaten in Wort und Tat die Entschlossenheit zu zeigen, dem Lohnraub und allen anderen Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung und der Ausplünderung entgegenzutreten. Den betrieblichen Kampf um Lohnerhöhungen, gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit und die Intensivierung der Arbeit aufzunehmen, ist möglich und notwendig. Die Bedingungen dafür werden angesichts der bevorstehenden neuerlichen Vertiefung der Krise nicht mehr besser. Was heute nicht erkämpft wird, wird morgen nicht leichter zu holen sein. Ob in den nächsten Monaten der betriebliche Kampf gegen die Steigerung der Ausbeutung sich entwickelt, wird auch maßgeblich die kommenden Lohnrunden beeinflussen.

Gleichzeitig gilt es, schon jetzt klar Stellung gegen die Pläne und Vorstöße der Kapitalisten und der Regierung und ihre Propagierung durch die bürgerlichen Gewerkschaftsspitzen zu nehmen. Gegenwärtig deutet alles darauf hin, daß die Kapitalistenverbände alles daransetzen werden, um die Lohnrunden über ihr normales Auslaufen hinaus aufzuschieben. Weiters gibt es sowohl von Unternehmerseite als auch von seiten des Arbeiterkammer-Präsidenten Czettel Vorstöße in der Richtung, daß die Laufzeiten der nächsten Kollektivverträge verlängert werden sollen, was den Spielraum der Kapitalisten bei ihrem Lohnraub noch mehr erweitern würde.

Hinausschieben der Lohnrunde, Abschlüsse unter der Inflationsrate und dann ein möglichst langer Zeitraum ohne neue Lohnverhandlungen und mit Stillhalteabsprachen – darauf arbeiten die Kapitalisten heute hin. Die SP-Regierung und die sozialdemokratischen Spitzen in den Gewerkschaften betreiben offen das Geschäft der Durchsetzung dieser Pläne in der Arbeiterschaft, verbrämt mit ihren verlogenen Arbeitsplatzsicherungs-Losungen und mit sozialimperialistischer und sozialchauvinistischer Propaganda. Die Arbeiterklasse muß bei Strafe ihrer fortschreitenden Verelendung und Unterwerfung unter die Bourgeoisie gegen diese Pläne angehen.

G.St.

Wirbel um Unternehmerbesteuerung – aber Raubzug bei den Massensteuern

Die SP-Regierung, die seit sieben Jahren die Volksmassen ausplündert, hat jetzt eine Kampagne gegen „Mißbrauch der Abschreibungen" und gegen die „Steuerhinterziehung" begonnen. Der ÖVP-Wirtschaftsbund führte eine Autodemonstration gegen die „klassenkämpferischen Maßnahmen" der Regierung durch und ÖGB-Präsident Benya stellt sich hinter die Regierung und fordert, daß auch die Unternehmer ihren Beitrag zur Behebung der Krise der Staatsfinanzen leisten müssen.

Sieht man sich die Steuerpolitik der Regierung an, so erkennt man, daß das alles Lug und Trug ist, und man muß sich fragen, wozu das Ganze gut ist.

Die Steuerpolitik der Regierung kann durch folgende Zahlen gekennzeichnet werden: In den Jahren der SP-Regierung zwischen 71 und 76 ist die Summe, die der Staat an Lohnsteuer eingenommen hat, um 50 %, die er an Mehrwertsteuer eingenommen hat, um 100 % gestiegen – also eine massive Erhöhung der Belastung für die Lohnabhängigen durch diese beiden Massensteuern. In derselben Zeit sind die Einnahmen des Staates aus der Einkommenssteuer für Selbständige um nur 7 % gestiegen, während die an der Körperschaftssteuer (der Besteuerung der Gewinne der Kapitalgesellschaften) sogar gesunken ist.

In derselben Zeit sind die Gewinne der Unternehmen gerade der Kapitalgesellschaften stark angewachsen. Trotzdem haben sie weniger Steuer gezahlt. Ein kapitalistischer Betrieb kann nämlich seinen an sich steuerpflichtigen Gewinn auf verschiedenste Art und Weise verringern. Er verringert gleich seinen wirklichen Gewinn mit Hilfe der Bewertungsvorschriften bei der Berechnung, er setzt von diesem Scheinbetrag über 50 % als Abschreibungen ab. Und zwar nach der Änderung der Steuergesetzgebung 1972 mehr als jemals früher: „Bei forschungsfördernden und energiesparenden Investitionen", „Sozialaufwendungen", können 50 – 60 % im ersten Jahr abgeschrieben werden. Auch einige andere Gesetze erlauben den Kapitalisten große Abschreibungen (wie das Strukturverbesserungsgesetz).

Gerade die Abschreibungen für „Sozialaufwendungen" sind ein ausgezeichnetes Geschäft für das Finanzkapital. Die meisten dieser „Sozialaufwendungen" bekommen die Arbeiter niemals zu Gesicht, sie dienen ausschließlich der Kapitalaufstockung und der Investitionsförderung. Dementsprechend wurde vorübergehend der Eindruck erweckt, als ob Androsch hier den ärgsten Mißbrauch abstellen wollte. In Wahrheit sieht die jüngste Variante des Abgabenänderungsgesetzes nur mehr geringfügige Beschränkungen für die Kapitalisten bei der Abschreibung der Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionsrückstellungen vor.

Nicht genug damit, daß die Kapitalisten auf diese Weise im Durchschnitt weniger als 50 % ihres Gewinnes versteuern, bleiben sie einen Teil ihrer Steuerschuld auch noch schuldig. Der Finanzminister hat im Jahr 1976 mehrere Milliarden Schilling Steuerschulden aus „volkswirtschaftlichen" Gründen gestundet. Davon hat er im Juli 1977 erst 1,5 Milliarden eingetrieben. Zwischen 1971 und 1976 ist der Anteil der Unternehmersteuern an den Gesamteinnahmen des Bundes um mehr als 2 Prozent gesunken, der der Massensteuern um mehr als 4 Prozent gestiegen! Wobei insbesondere den großen Unternehmen des staatlichen und privaten Finanzkapitales über die Abschreibungen riesige Beträge für Kapitalbildung und Investitionen erlassen wurden.

Wenn Kreisky vom „Kampf gegen die Steuerhinterziehung" spricht und Androsch vom „Mißbrauch der Abschreibungen", dann geht es in Wahrheit um etwas anderes.

Vor allem einmal geht es darum, daß die SP-Regierung eine neue Welle staatlicher Ausplünderung vorbereitet, vorbereiten muß. Das Budget, die Staatsfinanzen, befinden sich in ihrer schwersten Krise seit der 2. Republik. Die jährliche Rückzahlung der Staatsschuld beträgt schon 10 % des Budgets, das Defizit steigt Jahr für Jahr und es ist auch heuer wieder um 7 Milliarden Schilling höher als geplant. Androsch meinte zu dieser Lage der Staatsfinanzen, man müsse wieder „handlungs- und entscheidungsfähig" werden. Er meinte, das Finanzkapital muß sich aus dem Staatshaushalt wieder in jährlich wachsenden Raten „Export-, Investitions- und Kapitalbildungsförderungen" holen können, Militarismus und Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates fordern gebieterisch Geld. Die gegenwärtigen Staatsfinanzen lassen dies aber nicht ohneweiters zu, daher muß und wird saniert werden, um die dringendsten Anforderungen des Finanzkapitals zu befriedigen.

Wie wird saniert werden? Die Regierung sagt dies jeden Tag stückweise: Keine Lohnsteuerreform (also eine jährliche Lohnsteuererhöhung), Sondersteuern, Tariferhöhungen und Abbau sozialer Ausgaben, deren Ersetzung durch Armenhilfe. – In „Diskussion" ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Insgesamt kommt da 1978 auf die Lohnabhängigen eine neue Ausplünderungswelle zu, sie wird und muß kommen, weil die Krise der Staatsfinanzen ernst ist und weil das Finanzkapital gierig nach dem Geld ruft.

Bei dieser „Sanierung" schreckt die Regierung aber auch nicht davor zurück, Teile der kleineren Kapitalisten zur Kasse zu bitten. Sie will ihnen die Abschreibung für die PKWs nehmen, ein bisher recht einträgliches Geschäft für diese.

Es ist nichts Neues im Monopolkapitalismus, daß das Finanzkapital sich in einer krisenhaften Lage nicht nur das Geld der Lohnabhängigen in riesigem Ausmaß aneignet, sondern auch den kleineren Kapitalisten einen Teil ihrer Profite streicht.

Denn für viele kleine Unternehmer stellt die drastische Reduktion der Abschreibung für Autos eine beträchtliche Verringerung ihrer Profite dar, wenn die Autos, wie es bei Händlern, Handwerkern und anderen so ziemlich das einzige größere Betriebsmittel sind.

Das empört sie und erhöht ihre Furcht vor dem gesetzmäßig auf sie zukommenden Ruin. Die SP-Regierung nützt diese „Empörung" geschickt aus und redet davon, daß eben auch die „Unternehmer ihren Beitrag zur Milderung der Finanzkrise leisten müssen". Man hört von ihrer Seite sogar Worte wie „Steuerprivileg für die Unternehmer". Und es ist in der Tat so, daß kein Lohnabhängiger seinen PKW, den er genauso braucht wie ein Händler oder Gewerbetreibender, einfach von seinem Einkommen absetzen kann und dadurch weniger Steuer zahlt. Was von diesen Phrasen überbleiben wird, und was sie zugleich ideologisch mit vorbereiten sollen, ist eine neue Ausplünderungswelle, deren Kern, die weitere Verzögerung der Lohnsteuerreform, schon bekannt ist.

Wovor sie alle zusammen Angst haben und wovor sie auch ihre Demagogie nicht schützen kann, hat der ÖGB-Präsident selbst eingestanden, als er sagte, man sollte die Sache mit der Unternehmerbesteuerung lieber nicht so weit treiben, daß er die Arbeiter zu einer Gegendemonstration aufrufe, denn wer wisse, wogegen dann wirklich demonstriert würde.

F.

Brauereiarbeiter-KV: Lohnraubabschluß!

Mit 7,5% Lohnerhöhung bei 12 Monaten Laufzeit haben am Donnerstag, dem 8.9.1977 die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Brauereiunternehmen geendet.

Den Mautner-Markhof & Co. ist es damit gelungen, den rund 6.000 Brauereiarbeitern einen Lohnraubabschluß aufzuzwingen. Die Gewerkschaftsführung hat dem nichts entgegengesetzt.

Während der Verhandlungen war zwar mit Kampfmaßnahmen gedroht worden – das waren allerdings nichts als leere Worte, um den Unmut der Arbeiter über die provokatorische Haltung der Kapitalisten und die gewerkschaftliche Kapitulationspolitik abzufangen. Erstens war die Ausgangsforderung schon viel zu niedrig (es wurden 10 % auf den KV-Ist-Lohn gefordert), und zweitens war sie nur das Sprungbrett, um noch weiter hinunterzugehen. Unter solchen Forderungen und unter solchen Bedingungen kann der Reallohn nicht verteidigt werden. Die Ausgangsforderungen und das ganze weitere Vorgehen der Gewerkschaftsführung war von Anfang bis Ende auf der Linie der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die alles tun, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten und gegenüber den Angriffen der Kapitalisten an der Lohnfront den Gewerkschaften die Kapitulation aufzuzwingen. Abschlüsse wie dieser schwächen die Arbeiter und öffnen den Kapitalisten Tür und Tor für weitere, noch schärfere Angriffe gegen den Lohn, die Arbeitsbedingungen und die Arbeiterschutzbestimmungen.

ÖGJ-Treffen am Puttersee

Das Treffen von 400 Lehrlingen und jungen Arbeitern aus Oberösterreich und der Steiermark an dem langen Wochenende Mitte August war wohl ein Spiegel für den Zustand großer Teile der Gewerkschaftsjugend. Die Organisatoren hatten ein reines Spiel-, Sport- und Kulturfest geplant und keine Viertelstunde für politische Diskussion freigelassen. Aber die Bedürfnisse der Mitglieder brachen sich doch immer wieder Bahn und besonders die kulturellen Veranstaltungen (Protestsongwettbewerb, Auftritt der Gruppe „Mienenspiel" aus Schärding, der Gruppe „Dreschflegel" aus Wien) wurden genützt, um sich untereinander über wichtige Fragen zu verständigen. Im Vordergrund stand dabei die Unzufriedenheit und Enttäuschung über die Ergebnisse der Aktion 75. In den Diskussionen wurde versucht, zu einer Einschätzung der Staribacherschen Novelle zum Berufsausbildungsgesetz zu kommen. Selbst der oberösterreichische ÖGB-Jugendsekretär mußte zugeben, daß sie die wesentlichen Forderungen der Jugendlichen nicht erfüllt, wenn er auch versuchte, einige kleine Fortschritte zu finden. Die vorherrschende Meinung war allerdings, daß die Novelle nichts bringt bzw. überhaupt nur eine Verschlechterung. Während der Jugendsekretär versuchte, den Lehrlingen in den Betrieben die Schuld am Scheitern der Aktion 75 zu geben, weil „ die halt nie mitmachen, wenn's um was geht", wurde klargelegt, daß es genau umgekehrt war, daß nämlich die Massenaktionen – Höhepunkt war die Demonstration in Linz mit 1200 Lehrlingen – nach ca. einem Jahr von oben unterbunden wurden, und die Lehrlinge nur mehr alle halben Jahre über den Stand von Beratungen und Verhandlungen informiert wurden.

Allerdings, und dazu trugen auch die Organisatoren das ihre bei – gediehen die Diskussionen nie soweit, daß Ansatzpunkte für einen neuen Anlauf im Kampf gegen das kapitalistische Ausbildungssystem hätten gefunden werden können.

Das Treffen zeigte auch, daß in vielen anderen wichtigen politischen Fragen sich in der Gewerkschaftsjugend ein richtiger Klassenstandpunkt durchsetzt. So in der Unterstützung des Kampfes der Minderheiten um ihre Rechte, im Kampf gegen das Atomkraftwerksprogramm der Regierung und im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Spontane Zustimmung erhielt die Gruppe „Dreschflegel", als sie bei ihrem Auftritt die Haltung des ÖGB-Vorstands zur Atomkraftwerkspolitik der Regierung kritisierte.

ANKER-Datensystem: Widerstand gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen

Da an einer Presse zum Kontrollieren von Stammplatten für Skistopper keinerlei Sicherheitsvorrichtungen angebracht sind, kam es in unserem Betrieb innerhalb von einer Woche zu zwei Arbeitsunfällen. Ein Kollege verlor seinen ganzen Zeigefinger, dem anderen wurde ein Glied des Zeigefingers abgenommen.

Die Betriebsleitung „überredete" die zwei, sich privat ins Unfallkrankenhaus einliefern zu lassen, damit nicht die Polizei zur Kontrolle der Maschine in den Betrieb käme. Ihre „überredenden" Argumente waren die Androhung von Entlassung auf der einen Seite und Versprechungen einer hohen Abfindung auf der anderen. Gelang es der Betriebsleitung zwar, die beiden Kollegen zu „überreden", so doch nicht, den Unfall gegenüber der übrigen Belegschaft zu verschweigen.

Als ich mich weigerte, mich an die unsichere Maschine zu setzen, wurde ich von den übrigen Kollegen meiner Abteilung unterstützt. Der Meister holte daraufhin den Direktor, der - um zu „beweisen", wie ungefährlich die Maschine sei - sich hinsetzte und drei Stammplatten herunterdrückte. Aber wie: Den einzulegenden Teil nahm er sachte mit zwei Fingern, legte ihn langsam und vorsichtig ein, derweil lag der Fuß einen Meter neben der Drucktaste, dann legte er die Hände in den Schoß, drückte die Taste, nahm den Fuß von der Taste, stellte ihn einen Meter neben die Taste, nahm vorsichtigst den gepreßten Teil heraus und wiederholte das ganze.

„Wenn wir so langsam arbeiten, sitzen wir auf der Straße", sagte ein Kollege. Es stimmt, in dem Tempo, wie der Direktor gearbeitet hat, da kann nichts passieren.

Die steigende Akkord- und Arbeitshetze aber führt heute immer häufiger zu Unfällen. Viele Kollegen arbeiten an Maschinen mit Sicherheitsvorrichtungen. Doch die meisten benützen die Sicherheitsvorrichtungen nicht, weil sie sonst den Akkord nicht schaffen. Die Kapitalisten wissen das, es ist ihnen egal, Hauptsache der Profit stimmt.

Wir weigerten uns, uns an die Maschine zu setzen, solange nicht folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Ersetzung der Fußtaste durch zwei Knöpfe auf der Seite der Maschine, wodurch die Hände geschützt würden;
2. Einbau einer Einrichtung, sodaß die Maschine stehenbleibt, sobald die Knöpfe ausgelassen werden, da bislang die Maschine - nachdem einmal die Fußtaste gedrückt wurde - nicht mehr gestoppt werden konnte.

Der Direktor ging daraufhin her und holte einen Lehrling aus einer anderen Abteilung, der an der Maschine arbeiten mußte. Dieser getraute sich nicht so wie wir, sich zu weigern.

Die Kollegen waren empört und forderten den Betriebsrat auf, etwas zu unternehmen, der aber nichts erreichte, weil die Auseinandersetzung auf unsere Abteilung beschränkt blieb und er sich viel zu wenig auf die Arbeiter stützte und sich zu schnell einschüchtern ließ. Vielen Kollegen wurde klar, daß, solange die Kapitalisten die Herren der Fabriken sind, es keine Sicherheit am Arbeitsplatz geben wird.

A.Z./OG Graz

Papierfabrik ARLAND: In sieben Tagen 3 „Sechzehner" und 1 „Zwölfer"

§ 3 (1) *„Die Tagesarbeitszeit darf 8 Stunden, die Wochenarbeitszeit 43 Stunden nicht überschreiten, soweit im folgenden nicht anders bestimmt wird."* So steht es im „Arbeitszeitgesetz". Und im folgenden wird in diesem Gesetz andauernd anders bestimmt, so daß von der Beschränkung des Arbeitstages auf 8 Stunden nichts mehr übrigbleibt. Dafür zwei Beispiele:

§ 4 (10) *„.... darf bei Arbeiten, die werktags wie sonntags einen ununterbrochenen Fortgang mit Schichtwechsel erfordern, die Tagesarbeitszeit 10 Stunden nur insoweit überschreiten, als dies zur Ermöglichung des Schichtwechsels erforderlich ist; Hierbei darf die Tagesarbeitszeit die Dauer von 2 Schichten (16 Stunden !!) nicht überschreiten."* Um aus den Arbeitern möglichst hohen Profit herauszupressen, lassen die Papier- und Zellulosekapitalisten die Maschinen Tag und Nacht, Samstag, Sonntag und an fast allen Feiertagen laufen. Die Arbeiter dürfen die Maschine nicht verlassen, bevor nicht die Ablöse gekommen ist. Die oben zitierte Gesetzesstelle ist die rechtliche Grundlage, mit der die Kapitalisten uns zwingen können, bis zu 16 Stunden ununterbrochen zu arbeiten. Der niedrige Lohn ist die materielle Grundlage für diesen Zwang. Einer meiner Kollegen hat während eines Schichtturnus (7 Tage) dreimal 16 Stunden und einmal 12 Stunden gearbeitet!

Damit die Ausbeutung der Arbeiter Tag und Nacht „klaglos" funktioniert, müssen auch die Maschinen funktionieren – und wenn sie kaputt sind, möglichst schnell repariert werden. Auch dafür ist in dem Gesetz vorgesorgt: § 20 (1) *„b) Zur Behebung einer Betriebsstörung.... oder zur Verhütung eines sonstigen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Sachschadens"* .... fallen sämtliche Beschränkungen des Arbeitstages weg. Der Kapitalist hat das „Recht", den Arbeitstag bis an seine physischen Grenzen auszudehnen. So war bei uns vor einem Monat eine Maschine in der Holzschleiferei kaputt – die Schlosser haben 24 Stunden durchgearbeitet bis sie wieder gegangen ist. Einen Tag später war eine Papiermaschine kaputt – die Schlosser mußten 20 Stunden lang arbeiten!

D/Papierfabrik Arland

PUCH/Thondorf: Die Angestellten-Kollegen treten den Antreibern entgegen

Seit dem Beginn der Arbeiten am Geländewagenprojekt „Puch-Mercedes" werden die Puch-Angestellten gezwungen, die von ihnen für eine Konstruktion am Geländewagen gebrauchte Arbeitszeit auf einem Laufzetten einzutragen.

Die Folge dieser „läppischen" Maßnahme: verstärkte Antreiberei. Klar, daß sich die technischen Angestellten empörten über diese Zwangsmaßnahme zur verstärkten Kontrolle und Antreiberei. Klar aber auch, daß die Betriebsleitung schnell einen Vorwand zur Hand hatte, um diese zu rechtfertigen. Der „Arbeitgeber" beim Geländewagen-Projekte sei die Puch-Mercedes Ges.m.b.H. und nicht der Steyr-Daimler-Puch-Konzern; deshalb müsse man wissen, wielange daran gearbeitet wird.

Doch damit kamen die Kapitalistenvertreter in Betriebsleitung und Arbeitsvorbereitung bei den Kollegen nicht durch. Der Chef der Arbeitsvorbereitung griff dann zum nächsten „Argument": Die Konstruktionsstunde für die Angestellten der Puch-Werke würde den Betrieb durchschnittlich 220,-/Stunde kosten, während die Konstruktionsstunde bei Vergebung der Konstruktion an Selbständige (Heimarbeiter) nur ca. 150,- bis 170,- koste. Deshalb sollten die Puch-Angestellten doch zufrieden sein und umso fleißiger arbeiten.

Diesen Angriff nahmen die Kollegen nicht hin. Es begann eine Auseinandersetzung – der Chef der Arbeitsvorbereitung mußte abziehen. „Was haben wir denn von den 220,-/Stunde, wir sehen davon doch nur läppische 50,- bis 70,-", war die einzig richtige Antwort der Kollegen.

Die Empörung der Puch-Angestellten ist berechtigt. Heute geht es aber darum, diese Empörung weiterzutreiben zum Kampf gegen solche Maßnahmen. In dieser Situation sind richtungsweisende Beschlüsse der Vertrauensmänner und Betriebsräte umso notwendiger, denn nur im Kampf können sich die Kollegen hinter konkreten Forderungen zusammenschließen und nur ein einheitliches Vorgehen aller Kollegen führt im Kampf zum Sieg. Daher:

WEG MIT DEM STUNDENSCHREIBEN!

GRUNDIG/Wien: Schamlose Steigerung der Ausbeutung

Im letzten Herbst hat Grundig am Wienerberg ein neues Werk eröffnet. Schon bald war es in Meidling als Schinderbude verschrieen.

Vor allem ist es die Fließbandarbeit, die den Kollegen das Arbeiten zur Hölle macht. Sie wurde im neuen Werk durchgehend eingeführt. Im alten Werk in der Zieglergasse wurden z.B. 510 Farbfernsehgeräte pro Tag produziert. Alle Stunden gab es 10 Minuten Pause. Jetzt steht das Fließband nur zweimal am Tag: von 9 Uhr bis 9 Uhr 10, und eine halbe Stunde zu Mittag. Weitere Pausen für eine Zigarette oder fürs Aufs-Klo-Gehen gibts nicht. So konnten die Kapitalisten bis zum Juli dieses Jahres die Produktionszahl auf 700 – 800 Fernsehapparate pro Tag hinaufschrauben. Damit aber nicht genug. Jetzt nach dem Betriebsurlaub heißt es: 1025 TV-Geräte pro Tag! Die Bänder laufen ganz einfach schneller. In einer Reihe von Abteilungen wurden während dieser ständigen Steigerung des Produktionsausstoßes keine zusätzlichen Arbeiter eingestellt. Es muß ganz einfach doppelt so schnell gearbeitet werden wie vor einem Jahr. Eingestellt wurde nur eine größere Anzahl von Antreibern. In einer Abteilung gab es z.B. früher 2 Vorarbeiter und einen Obermeister, heute sind es 6 Vorarbeiter und ein Obermeister.

Bei dieser schamlosen Steigerung der Ausbeutung stützen sich die Kapitalisten vor allem auf die Spaltung, die zwischen österreichischen und ausländischen Arbeitern besteht. Ein Großteil der Arbeiter kommt aus Jugoslawien, ein kleinerer Teil aus der Türkei. Dieser Teil der Belegschaft ist besonders schlimm dran. Ein Kollege berichtete z.B., daß er für die Fließbandschinderei 31 S + 10 S Prämie in der Stunde bekommt. Dabei wird ihm aber so viel Arbeit aufgehalst, wie man einem österreichischen Arbeiter offensichtlich gar nicht zumuten kann. Ist er nämlich auf Urlaub oder im Krankenstand, werden zwei österreichische Arbeiter an seinen Arbeitsplatz gestellt! Auf seine Forderung, er brauche einen Helfer an seinem Arbeitsplatz, bekam er nur die lapidare Antwort: Dann wird aber die 10S-Prämie gestrichen!

sch.

15. Jugendkongreß des ÖGB:

Dem Staribacher-Entwurf den Kampf um die Einheitsschule entgegenstellen!

Auf dem kommenden 15. Bundesjugendkongreß des ÖGB am 24. und 25. September wird die Ausbildung der Arbeiterjugend die zentrale Frage sein. Minister Staribacher wird ein Referat zum Entwurf eines neuen Berufsausbildungsgesetzes halten. Der Regierung und den Reformisten geht es darum, dieses Gesetz auf dem Kongreß mit geringstem Protest seitens der Gewerkschaftsjugend politisch durchzusetzen.

Die große Bedeutung der Ausbildung sowohl für die Jugend als auch für die gesamte Arbeiterklasse

Die Ausbildung spielt für jeden Jugendlichen eine zentrale Rolle in seinem Leben. Schließlich hängt davon ab, ob er später Hilfsarbeiter oder Facharbeiter wird, ob er seine Arbeitskraft besser oder schlechter verkaufen kann. Es ist deshalb klar, daß es unter der Arbeiterjugend gerade gegen die miserablen kapitalistischen Ausbildungsverhältnisse den größten und erbittertsten Protest gibt. Die Mitgliedermassen der ÖGJ drängen seit eh und je danach, diese Zustände zu beseitigen.

Die Ausbildung der Arbeiterjugend hat auch große Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Heute wird der übergroße Teil der Lehrlinge in einer Handvoll Berufen ausgebildet. Später bekommen Zehntausende in diesen Berufen keine Arbeit. Sie müssen als Hilfs- bzw. Anlernkräfte arbeiten. So wird insgesamt das Lohnniveau unter die durchschnittliche Qualifizierung gedrückt. Diese Dequalifikation der Arbeiterklasse steht ihren Bestrebungen entgegen, sich solche umfassenden Fähigkeiten anzueignen, um den Kapitalisten entschieden entgegentreten zu können, ihr Ausbeutersystem zu stürzen und die Produktion selbst zu leiten. Es liegt daher in ihrem Interesse, alle Bestrebungen und Kämpfe der Arbeiterjugend den kapitalistischen Ausbildungsbedingungen entgegenzutreten, zu unterstützen und selbst voranzutreiben.

Die Entwicklung der Aktion 75

In den letzten Jahren ist es immer häufiger vorgekommen, daß die Schulabgänger diejenigen Lehrstellen nehmen müssen, die gerade zu bekommen sind. In manchen Gebieten Österreichs ist es nicht einmal mehr so. Darüber hinaus bekommen die Jugendlichen in den Betrieben, gerade wenn sie in Ausbildung stehen, die ganze Wucht der Herrschaft der Kapitalisten mit ihrer kleinlichen, gehässigen Unterdrükkung zu spüren.

Die Aktion 75 der ÖGJ war Ausdruck der Auflehnung der Arbeiterjugend gegen diese Unterdrückung. Die Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Diskussionen in den Jahren 1974/75 richteten sich gerade gegen die private Herrschaft der Kapitalisten über die Ausbildung. „Lehrlingsstellen weg von der Handelskammer!", „2. Berufsschultag", „Bildungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Berufsausbildung" wurde gefordert. Um damals dieser Bewegung eine klare Richtung gegen das kapitalistische Ausbildungswesen zu geben, dazu fehlte der Arbeiterjugend – sowie den Kommunisten – Klarheit und Kraft. Die Reformisten setzten sich an die Spitze der Bewegung und nahmen ihr den rebellischen Charakter, lenkten sie immer mehr und mehr auf „verstärkte Mitbestimmung durch paritätische Besetzung der Lehrlingsstellen", „bessere Berufsberatung", „Berufsbildungsfond" etc.

Die ÖGJ brachte 1975 einen Gesetzesvorschlag heraus, in dem sie sich voll auf das bestehende, kapitalistische Ausbildungswesen festlegt. Bereits dieser Vorschlag übernahm alle reaktionären Bestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes von 1969.



Große Demonstration der ÖGJ im Rahmen der Aktion '75 in Nettingsdorf/OÖ.

Das Erscheinen dieser Gesetzesvorlage war der Zeitpunkt des größten Einflusses der Reformisten. Sie konnten den Vorschlag unter der Arbeiterjugend darstellen, als würde er ihren Forderungen und Vorstellungen nachkommen. Der Gesetzestext selbst wurde nie in größerem Umfang in der ÖGJ verbreitet und diskutiert. Nur ein geringer Teil der ÖGJ-Mitglieder sah die Schädlichkeit dieses Vorschlages, trotzdem gab es Gegenstimmen gegen die Aktion 75 am Bundesjugendkongreß, ebenso wie bei der späteren Werbung für die Aktion.

Ende 1975 wurde der Gesetzesentwurf von der ÖGJ-Führung an das Parlament übergeben. Danach wurden *ein ganzes Jahr* Geheimverhandlungen geführt, um, wie die ÖGJ-Führung sagte „unsere Leute bei den Verhandlungen nicht durch einen Wirbel zu stören". Alles Mögliche wurde hervorgeholt um die weitere Auseinandersetzung und Kampfschritte zu verhindern. Dagegen gab es Protest. Im Dezember 1976 wurden im Wiener TOP-Club Maßnahmen gefordert wie Flugblätter, Plakate, Demonstrationen, um die Masse der Jugendlichen zu mobilisieren. Dies wurde verhindert. Für die Reformisten besteht bei solchen Aktionen immer die Gefahr, daß die Arbeiterjugend ihre richtigen Forderungen auf die Straße trägt.

Die neue Staribacher-Novelle bringt nichts weiter – nur Verschlechterungen

Die Lehrlingsstellen bleiben weiter bei der Handelskammer, es gibt aber jetzt Beiräte (paritätisch), die von den Kapitalisten „angehört" werden müssen und auch etwas „vorschlagen" dürfen. Der 2. Berufsschultag ist zur Gänze herausgestrichen worden. Die im ÖGJ-Entwurf geforderte Festlegung der Bezahlung der Lehrlinge entsprechend einem Anteil des jeweiligen Facharbeiterlohnes (45%/55%/75%) wurde überhaupt gleich ohne die geringste Erwähnung fallengelassen. Man könnte einige Punkte mehr aufzählen, am Ende ist es immer dasselbe: Soweit im Vorschlag Forderungen der Arbeiterjugend enthalten waren – in den Geheimverhandlungen wurden sie restlos vom Tisch gefegt.

Zudem kommt noch, daß dieser Gesetzesentwurf direkte Verschlechterungen enthält. Die Kapitalisten sollen von der Regierung nun das Recht erhalten, um 30% mehr Lehrlinge „auszubilden" als zuvor. Vor allem die kleinen Kapitalisten, die schon jetzt 90% der ausgebildeten Lehrlinge nach Lehrabschluß kündigen, werden davon Gebrauch machen.

Das erste Ziel am Bundesjugendkongreß heißt daher:

So stark wie möglich den Protest gegen diesen Gesetzesentwurf entfalten. Dies muß in den ÖGJ-Gruppen, sowie in den Betrieben und Lehrwerkstätten verbreitet werden. Es gibt noch immer viele Arbeiterjugendliche, die nicht wissen, wie hier Schindluder mit ihrem berechtigten Interesse nach Veränderung der Ausbildungsverhältnisse getrieben wird – sie sind es, die gegen diesen Gesetzesentwurf Stellung nehmen müssen.

Wie soll es weitergehen?

In der ÖGJ ist heute die Situation so, daß es zum Teil Resignation gibt, aber auch nach neuen Wegen gesucht wird, denn die Ausbildung ist nicht besser geworden. Im Gegenteil. Durch den Druck der Krise ist sie noch weiter verschlechtert worden. Die KPÖ-Revisionisten wollen eine Weiterführung der Aktion 75. Sie wollen die Bewegung ein 2. Mal in die Sackgasse führen. Die Arbeiterjugend hat 3 Jahre mit der Aktion 75 verloren, das ist schlecht – noch mehr Zeit zu verlieren ist aber unmöglich.

Wer eine Ausbildung für die Arbeiterjugend will, die die jungen Arbeiter zu umfassend ausgebildeten und klassenbewußten Menschen macht, muß Schluß machen mit allem Glauben an „paritätische Behörden", der muß dafür eintreten, daß den Kapitalisten die Herrschaft über die Ausbildung entrissen wird. Es geht heute darum, den Weg der Einheitsschule einzuschlagen. Was ist die Einheitsschule?

Die Einheitsschule soll der Jugend beiderlei Geschlechts eine einheitliche, polytechnische (alle Hauptzweige der Produktion umfassende) und allgemeine Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr vermitteln. Eine Ausbildung, welche die Arbeiterklasse befähigt, die Produktion selbst zu leiten, sich in alle Staatsgeschäfte einmischen zu können und letztlich selbst die Macht auszuüben. Diese Ausbildung muß daher eng mit der produktiven Arbeit verbunden sein, denn dadurch wird die Jugend direkt durch die erwachsenen Arbeiter geschult, kann von deren Erfahrungen in der Produktion und im Klassenkampf lernen. Eine solche Schule kann unmöglich in den Händen der Kapitalisten liegen. Sie muß von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen geleitet und geführt werden. Die Ausbildung der Arbeiterjugend ist nicht bloß Sache der Jugendlichen – sie liegt der ganzen Arbeiterklasse am Herzen. Deshalb ist es auch notwendig, daß heute die Arbeiterschaft den Gesetzesentwurf von Staribacher ablehnt.

Die polytechnische Einheitsschule durchzusetzen ist keine Sache von heute auf morgen – sie ist auch unmöglich ohne umfassenden Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Es erfordert die ganze Kraft der Arbeiterklasse, gänzlich verwirklicht und ausgebaut kann diese Schule erst werden, wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffen und die Kapitalistenherrschaft beseitigt hat.

Heute schon müssen Schritte gesetzt werden, um die ganze Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Jugend hinter dieser Forderung zusammenzufassen. Dabei werden bestimmte Teilerfolge erzwungen werden, die darauf abzielen, der gesamten Arbeiterjugend eine Ausbildung zu geben, den Kapitalisten den Einfluß auf die betriebliche und schulische Ausbildung zu entreißen.

Da ein beträchtlicher Teil der Jugend von der Berufsausbildung ausgeschlossen ist und die Kapitalisten immer nur eine begrenzte Anzahl Lehrlinge aufnehmen, ist die einzige Möglichkeit dem entgegenzutreten, die Facharbeiterausbildung zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen und sie als allgemeines Recht zu erkämpfen:

* Recht für jugendliche Arbeitslose und für jugendliche Arbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule.
* Recht auf Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Lehrabschlußprüfung ablegen können.
* Volle Bezahlung der Tage, die die jugendlichen Arbeiter in der Berufsschule verbringen, durch die Kapitalisten.

Da es viele Jugendliche gibt, die aus finanziellen Gründen keine Ausbildung anstreben, da die Familie sich das nicht leisten kann, die Lehre eines Kindes aber in jedem Fall eine große Belastung für eine Arbeiterfamilie darstellt, muß eine

* Bezahlung der Lehrlinge in der Höhe von 75% des Facharbeiteranfangslohnes, mindestens aber monatlich 3.000,- S erreicht werden. Um der Verelendung der jugendlichen Arbeitslosen zu begegnen und die Jugend nicht in die rücksichtslose Konkurrenz mit den älteren Arbeitern und untereinander zu treiben, müssen sie als Arbeitslose anerkannt werden und eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 75 % von Facharbeiteranfangslohn erkämpft werden.

Der größte Teil der Lehrlinge wird in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet. Dort dienen sie bloß als billige Arbeitskraft – sie erhalten kaum eine Ausbildung. Jeder Schritt, der daher auf die Ausdehnung, Verbesserung der Erlernung von Kenntnissen abzielt muß unterstützt werden.

Dabei ist vor allem hervorzuheben, daß es darum geht, den Charakter der Ausbildung als Privatangelegenheit des Kapitalisten zu beseitigen. Ebenso muß bei all diesen Schritten der Einfluß des Staates auf die Inhalte der Ausbildung und die Bestellung der Lehrer bekämpft werden. In dieser Frage muß die Arbeiterklasse mittels ihrer Organisationen Einfluß nehmen.

* Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen
* Schaffung und Ausbau von Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen
* Finanzierung der Kantinen in den Berufsschulen durch den Staat
* Kostenlose Bereitstellung sämtlicher Lehrbehelfe an den Berufsschulen durch den Staat
* Inspektionsrecht für die Gewerkschaften und Betriebsräte an der Berufsschule.

Diese Forderungen haben schon eine praktische Rolle gespielt in der Auseinandersetzung um die Aktion 75 und zum Teil in den Bewegungen und Kämpfen der Arbeiterjugend. Richtige Durchschlagskraft erhalten sie erst, wenn sie verbunden werden mit dem Kampf um die Einheitsschule. Nur sie kann eine wirkliche Perspektive für die Arbeiterjugend angeben.

Ihre Durchsetzung ist ein großer Schritt vorwärts zur Umwälzung der Lage der Arbeiterjugend, ein großer Schritt vorwärts auf dem Weg zur endgültigen Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

12.9.1977, R.K.

Aufruf der Liste AKTIONSPROGRAMM zu den Personalvertretungswa Österreichischen Bundesbahnen

Am 29. und 30. November finden die Personalvertretungswahlen bei den Österreichischen Bundesbahnen statt.

Das Rationalisierungsprogramm des Staates gegen die breite Masse der Bundesbahnbediensteten ist voll angelaufen und zeigt bereits seine Auswirkungen: laufende Verminderung der Beschäftigtenzahl bei gleichzeitiger Steigerung insbesondere des Gütertransports durch die ÖBB. Für die Eisenbahner bedeutet das: steigende Arbeitsbelastung, wachsende Unfallgefahr, Versetzungen, Ausweitung der Schichtarbeit, Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden – immer rascherer Verschleiß ihrer Arbeitskraft. Auch auf ihre Entlohnung hat sich die staatliche Einsparungspolitik ausgewirkt: die letzten Gehaltsabkommen haben dem ständigen Abbau des Reallohns durch die Teuerung nicht entsprechend entgegengewirkt.

Um Rationalisierung und Reallohnabbau leichter durchsetzen zu können, ist von Regierung und Kapital eine unerhörte Hetze gegen die gesamte Kollegenschaft im Öffentlichen Dienst entfacht worden.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Unzufriedenheit der Eisenbahner gesteigert. Die Unzufriedenheit richtet sich gegen die rücksichtslose Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft der breiten Masse der ÖBB-Bediensteten durch den Staat. Sie richtet sich aber auch gegen die derzeitige Politik der Personalvertretung und der Fraktionen in der Eisenbahnergewerkschaft, die gegenüber dieser staatlichen Politik nicht die Interessen der Bediensteten, sondern mehr oder weniger offen das Ziel der „Sanierung der Bundesbahnen" vertreten. Diese Sanierung kann nur auf Kosten der Bediensteten erfolgen.

Mit dieser Politik muß Schluß gemacht werden.

Anläßlich der bevorstehenden Wahlen werden die Spitzen der Parteien und ihrer Fraktionen auf einmal wieder ihre Sympathien für die Eisenbahner und ihre Probleme entdecken und große Versprechungen machen. Vor den letzten Wahlen war das genauso. Und die Entwicklung seither zeigt den Eisenbahnern, daß sie von dieser Seite nichts zu erwarten haben.

Wir haben nichts zu erwarten, wenn wir nicht selbst unsere Interessen in die Hand nehmen. Keine Proteststimmen, keine Stimmenthaltung kann etwas nützen. Nicht einmal die besten Vertrauensmänner und Personalvertreter werden uns Verbesserungen unserer Lage in den Schoß legen können. Dafür müssen wir schon selbst aktiv werden. Aber eine gute Vertretung, die sich nur den Interessen der Eisenbahner – nicht den Plänen der staatlichen Verwaltung verpflichtet fühlt, kann uns viel bei der Durchsetzung unserer unserer Interessen nützen. Leute, die in Wirklichkeit auf dem Boden der staatlichen Rationalisierungs- und Sparpolitik stehen, können wir in unserer Vertretung nicht brauchen. Solche Leute sitzen sowieso in der Verwaltung – und nur dort gehören sie auch hin.

Die Liste AKTIONSPROGRAMM beweist durch ihre Forderungen, daß sie nichts anderes als die Interessen der Kollegenschaft vertritt. Sie beweist das weiters dadurch, daß sie alle Kollegen zusammenschließen will und alle Kollegen an den Dienststellen zur Kandidatur auf dieser Liste aufruft, die Schluß machen wollen mit dem Ausverkauf der Interessen der Eisen-

Trotz der zu erwartenden Einschüchterungsmaßnahmen – Liste AKTIONSPROGRAMM unterstützen!

In den Gesprächen mit meinen Kollegen tauchte unter anderem auch immer wieder die Befürchtung auf, daß es gegen die selbständigen Bestrebungen der Eisenbahner Druck- und Einschüchterungsmaßnahmen geben wird.

Ein Kollege vom Materialmagazin in der Hauptwerkstätte Linz sagte: Er selber sei nicht länger als 3 Monate Mitglied der SP-Fraktion gewesen, da die Führung der Fraktion gegen jeden, auch gegen ihre eigenen Mitglieder vorgeht, wenn sie sieht, daß diese Kollegen fortschrittliche Vorschläge machen oder Aktivitäten setzen, die gegen Verwaltung und Staat gerichtet sind. Weiters, da er gemerkt hat, daß die SP-Fraktion ihr „Süppchen im Hinterzimmer kocht" und sich offenbar der Verwaltung gegenüber rechenschaftspflichtig fühlt, statt den Kollegen gegenüber.

Ein Kollege vom Frachtenbahnhof Linz erzählte mir, daß es schon in den 60-er Jahren einmal einen Versuch zur Aufstellung einer Liste auf Grundlage eines Forderungsprogramms gegeben habe. Nach der Unterschriftensammlung seien dann plötzlich alle Unterschriften in der Verwaltung aufgelegen. Er ist damals offenbar unter Druck gesetzt worden und hat Schwierigkeiten gehabt, denn er wollte die Liste AKTIONSPROGRAMM nicht öffentlich unterstützen.

Aus diesen und ähnlichen Äußerungen von Kollegen kann man sehen: Sie haben durch ihre Erfahrungen erkannt, daß die staatliche Verwaltung gegen alle Bestrebungen vorgehen wird, die Interessen der Eisenbahner gegen den Dienstgeber Staat durchzusetzen. Dabei wird sie von den Spitzen insbesondere der SP-Fraktion unterstützt, die selbst auf hohen und höchsten Posten in den Direktionen und in der Generaldirektion sitzen. Diese Herren, die sich selbst immer als Musterdemokraten aufspielen, scheuen dann keine Mittel, um Druck auf fortschrittliche Eisenbahner auszuüben und alle Kollegen, die diese unterstützen, einzuschüchtern.

Daß sich die Kollegen über diese Dinge im klaren sind, ist gut. Aber daraus darf man nicht den Schluß ziehen, daß wir auf ewige Zeit zum Kuschen verurteilt sind. Uns einfachen Eisenbahnern bleibt keine andere Wahl, als einmal zu zeigen, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen. Kuschen führt nur dazu, daß die Angriffe auf unseren Lohn und unsere Arbeitsbedingungen immer frecher werden. Deshalb ist es besser heute als morgen dieser Politik entgegenzutreten. Je klarer wir unsere Interessen aussprechen, desto besser werden wir uns zusammenschließen können. Und je enger wir uns zusammenschließen, desto besser werden wir auch dem zu erwartenden Druck standhalten können: Wenn an der Dienststelle die Forderungen der Liste AKTIONSPROGRAMM verbreitet werden, wenn sich die Kollegen über ihre eigenen wichtigsten Forderungen überlegen und dann alle oder die große Mehrheit einer Dienststelle, Partie, Schicht o.ä. unterschreiben, wird es der Verwaltung schwer fallen, einzelne herauszugreifen, einzuschüchtern und zu unterdrücken.

Gemeinsam sind wir stark – LISTE AKTIONSPROGRAMM

Den Widerstand der Bediensteten gegen Rationalisierungen organisieren – Liste AKTIONSPROGRAMM!

Vor kurzem bekam ich ein Flugblatt, das mit der Unterzeichnung „Rettet die Güterzugführer" unterschrieben war und das mir sehr gut gefiel. Als ich mit den Kollegen im Zugbegleitdienst sprach, stellte ich fest, daß der, der das geschrieben hat, den Kollegen vom Herz gesprochen hatte.

Aber wie soll es weitergehen? Mit der Aufzählung der Mißstände allein – wenn es auch richtig ist –, ist den Kollegen nicht geholfen.

Warum bleibt der Kollege anonym? Wäre es nicht besser gewesen, er hätte seinen Namen unter das Flugblatt gesetzt? Dann hätten die Kollegen nicht nur hilflos gelacht und ihm Recht gegeben, sondern ihn auch unterstützt. Denn wenn man Zustände kritisiert, muß man versuchen, eine Lösung zu finden. Und alleine ist man hilflos. Daher wäre mein Vorschlag: Die Kollegen, die richtig die Dinge beim Namen nennen, sollen sich organisieren und auf der Liste AKTIONSPROGRAMM ihre Vorstellungen über die richtige Interessensvertretung der Bediensteten dort durchsetzen.

Leserbrief vom Bahnhof Liesing

Durch den großzügigen Einsatz unserer Gewerkschaft ist es uns gelungen, vollwertige Eisenbahner (Güterzugzugführer) zum

AUSVERKAUF! anzubieten

Zu einem Spottpreis von nur S 8000.– brutto pro Monat bieten wir Ihnen Eisenbahner zur vielseitigen Verwendung an:

1.) Imageaufbesserer als Schaffner mit Zugführerobliegenheiten in Reisezügen,
2.) Verschieber oder Weichensteller
3.) Transiteure,
4.) Fahrdienstleiter in zeitweise gesperrten Verkehrsst.
5.) Auskunftbeamte
6.) Wagenmeister
7.) Arbeiter im Gepäck und Expressgut
8.) Vertrauensmänner für Abstimmungszwecke bei der sozialistischen Gewerkschaft.

Auf Grund ihrer jahrelangen Erfahrung auf der Strecke und in Bf. sind die auch als Weichenschmierer, Schrankenwärter, Sicherungsposten, Fernschreiber oder Bahnhelfer geeignet. Dabei können wir Ihnen eine Arbeitsleistung von 14–16 Stunden pro Dienstschicht garantieren

Herausgeber: Organisation Rettet die Güterzugführer!

Graz: Eine Liste Aktionsprogramm – das ist richtig!

Am 24.8. verteilten wir im Grazer Hauptbahnhof und am Grazer Verschubbahnhof das Flugblatt „Bei den Personalvertretungswahlen müssen die Interessen der Bundesbahner im Vordergrund stehen".

Der Umstand, daß am Bahnhof ein Flugblatt verteilt wird, das Vorschläge zu den Interessen der Eisenbahner zum Inhalt hat, sprach sich unter den Bundesbahnern schnell herum. „Eine Liste Aktionsprogramm? - Das ist richtig!" meinten spontan die Kollegen von den ÖBB. Einige erklärten sich gleich bereit, die Flugblätter in ihre Abteilungen und in die Mannschaftsräume mitzunehmen und sie dort aufzulegen. Auch eine Putzfrau verlangte gleich mehrere Flugblätter, weil sie diese auch unter ihren Kolleginnen verbreiten wollte. Immer wieder kam in den Gesprächen der große Unmut der Bundesbahner über die Einsparungen bei den ÖBB und die Folgen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Ausdruck. „Diese Nachtschichten, die machen einen ganz fertig! Und was kriegt man dafür? - Lächerliche 68.-S Nachtdienstzulage!" Die Forderung nach 200.-S, die ... im Forderungsprogramm aufgestellt wird, fand bei den Verschiebern auch gleich Anklang.

Ein Lokführer schilderte die schlechte Lohnsituation der Bundesbahner. „Für dieses Jahr müssen wir mit 1,5% mehr Lohn auskommen! - Meine Wohnung ist um mindestens 10% hinaufgegangen! Mit 25 Dienstjahren verdiene ich mit Zulagen nicht einmal 10.000.-S! Bei uns soll rationalisiert und die Kollegen sollen demoralisiert werden.

Daß bei solchen Zuständen klare und richtige Forderungen und gar eine „Liste Aktionsprogramm" für die Personalvertretungswahlen das Richtige sind, war die Ansicht vieler Kollegen.

Weitere Forderungen aus Linz: Hauptwerkstätte Linz

Nicht nur für die Kollegen, die mit Lacken arbeiten, muß 1 l Milch pro Tag kostenlos von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Alle Kollegen, die bei der Arbeit gesundheitsschädigenden Dämpfen ausgesetzt sind, müssen 1 l Milch erhalten. Um den schädlichen Wirkungen zu begegnen: z.B. auch die Kollegen, die bei der Reinigung ausgebauten E-Lok-Teile mit Bezindämpfen in Berührung kommen.

Frachtenbahnhof

Frachtenbahnhof Linz

Fünffingerhandschuhe:

Die Arbeit der Kollegen vom Frachtenbahnhof ist es, Güter aller Art zu verladen und umzuladen. Um diese Arbeit zu erleichtern, sind Fünffingerhandschuhe notwendig.

Der Werkzeugumtausch muß schneller funktionieren!

Der Werkzeugumtausch funktioniert nicht zur Zufriedenheit der Kollegen. Die Kollegen müssen zulange mit abgenützten Werkzeug arbeiten. Die Kollegen sagen: Wenn wir um Werkzeug vorsprechen, stößt das meistens nur auf taube Ohren.

hlen bei den

bahner an die staatliche Verwaltung. Wir wollen keine neue Fraktion bilden und machen nicht irgendeine Weltanschauung zur Voraussetzung der Kandidatur auf unserer Liste. Maßgeblich soll nichts anderes sein als das entschiedene Eintreten für die Interessen der Kollegen.

Unterstützt die Forderungen der Liste Aktionsprogramm!

Schließt Euch an den Dienststellen hinter Euren Forderungen zusammen!

Stellt solche Kandidaten auf, die diese Forderungen vertreten!

Kandidiert auf der Liste Aktionsprogramm!

Unterstützt die Kandidatur der Liste Aktionsprogramm durch Eure Unterschrift!

Flugblatt der Liste AKTIONSPROGRAMM für den Bahnhof Liesing/Wien

Kollegen! Die Personalvertretungswahlen stehen vor der Tür!

Wir vom AKTIONSPROGRAMM wollen auch am Bahnhof Liesing kandidieren. Wenn in den nächsten Wochen Unterschriftenlisten für die Kandidatur aufliegen, fordern wir Euch auf, diese Liste AKTIONSPROGRAMM zu unterstützen. Das heißt, mit Eurer Unterschrift die Möglichkeit einer Kandidatur zu schaffen. Ihr habt vor einiger Zeit ein Flugblatt der Aktion bekommen, wo die fünf wichtigsten Forderungen für das gesamte Bundesgebiet enthalten sind. Auf der Liste AKTIONSPROGRAMM können alle Kollegen, gleich welcher Partei sie angehören, kandidieren, wenn sie der Meinung sind, daß bei den Personalvertretungswahlen die Interessen der Bundesbahner Vorrang haben müssen.

Auch auf unserem Bahnhof haben sich bereits zwei Kandidaten gefunden, die das Programm gutheißen und bereit sind, im Interesse der Eisenbahner zu arbeiten.

Das sind unsere Forderungen für den Bahnhof Liesing:

Für den Verschub:

1. VERGRÖSSERUNG DES AUFENTHALTSRAUMES FÜR DIE VERSCHIEBER! Es genügt nicht, wenn nur der Zugbegleitraum zur Verfügung gestellt wird!

2. 2 KÄSTEN FÜR JEDEN VERSCHUBBEDIENSTETEN! Denn wenn wir die Kleidung, die ein Verschieber benötigt, der Reihe nach aufzählen, ist es kein Wunder, daß den Kollegen nur die Möglichkeit bleibt, einen Teil davon auf die Kästen zu legen. Alle Verschieber wissen, was dann alle 2 bis 3 Monate passiert!

3. 4 STATT BISHER 2 BRAUSEN! In der Praxis funktioniert von den vorhanden 2 nur 1 Brause – dieser Zustand ist unhaltbar.!

4. ZEITGERECHTE UND ÜBERSICHTLICHE BEKANNTMACHUNG DER DIENSTPLÄNE! Wir wollen mit der erkämpften Freizeit auch sinnvoll umgehen können. Und dazu gehört, daß wir rechtzeitig unsere Arbeitszeit erfahren. Jede Verzögerung und kurzfristige Umstellung ist eine Erschwernis für uns!

Einschränkung der Unfallgefahr:

5. FÜR DIE VERSTÄNDIGUNG ZWISCHEN DEM VERSCHUBAUFSEHER UND DEM LOKFÜHRER MUSS DER VERSCHUBFUNK EINGEFÜHRT WERDEN – oder muß erst ein Verschieber sein Leben verlieren?

6. VERSTÄRKUNG DER FAHRDIENSTLEITUNG BEI VERKEHRSBEHINDERUNGEN! Wie alle Eisenbahner wissen, ist der Dienst eines Fahrdienstleiters einer der aufreibendsten, die es auf der Bahn überhaupt gibt. Und in den nächsten Jahren wird der Bahnhof ständigen Umbauten unterworfen sein. Daher die Forderung, bei Verkehrsbehinderungen 2 Fahrdienstleiter einzusetzen.

Wir wissen, daß wir mit dem Aufzählen der Forderungen allein die Zustände am Bahnhof nicht ändern können. Und wir sind uns bewußt, nicht alle Forderungen unserer Kollegen zu kennen. Daher fordern wir Euch auf, aktiv am Forderungsprogramm der Liste AKTIONSPROGRAMM mitzuarbeiten. Wendet Euch an Kollegen Erich KOLLER und Robert Kremlicka.

UNTERSTÜTZT MIT EURER UNTERSCHRIFT DIE MÖGLICHKEIT EINER KANDIDATUR! GEBT EURE STIMME DER LISTE AKTIONSPROGRAMM!

Verschubbahnhof Kleinmünchen: Für regelmäßige Reinigung der Gleisanlagen!

Der Zustand – so wie es jetzt ist, – daß die Sicherheit der Verschieber auf der Gleisanlage durch herumliegende Gegenstände (wie: Holz- und Eisenstücke; Koks und Sandhaufen; Bahnschwellen usw.) ständig gefährdet ist, *ist untragbar.*

Bei der Arbeit müssen die Kollegen oft laufen oder von Wagengruppen abspringen. Durch die herumliegenden Gegenstände wird die Sicherheit der Kollegen gefährdet und die Unfallgefahren erhöhen sich für die Verschieber – bei der ohnehin schon gefährlichen Arbeit – zusätzlich. In der Nacht erhöhen sich die Gefahren, daß man über herumliegendes Zeug stolpert – man hinfällt, sich den Fuß verstaucht oder gar ins Gleis fällt – noch zusätzlich durch die zum Teil völlig unzureichende Beleuchtung der Gleisanlagen. In manchen Gleisabschnitten gibt es gar keine Beleuchtung, oder sie ist so schwach, daß man ins „Ungewisse" – als Bremsenfahrer zum Beispiel – abspringen muß. Deshalb müssen am ganzen Verschubbahnhof – wo ständig gearbeitet wird – vor allem bei der 3a Res. im Gleisbereich von 103 – 125, bei der 4b Res. und zwischen der 3a Res. und der 4b Res. die neuen Laternen aufgestellt werden.

Die Säuberung der Gleisanlagen, die Beseitigung der herumliegenden Gegenstände, das Wegräumen von Sandhaufen, das Ausfüllen der Löcher und Gruben zwischen den Gleisen – vor allem bei der 3a Res. zwischen Gleis 125 und Gleis 121 – das ist eine notwendige Forderung an die verantwortlich für die Säuberung und Reinhaltung der Gleisanlagen – nicht die Verschieber!

Für die sofortige Beseitigung dieser zusätzlichen Unfallgefahren für die Verschieber muß jeder im November zu wählende Vertrauensmann als Interessensvertreter der Verschieber eintreten.

ÖBB – ein staatskapitalistischer Betrieb

Der Vorstand der ÖBB hat 1975 das „Unternehmenskonzept 1975 – 1985" vorgelegt. Diese „Darlegung der Lage des Betriebes und der Zielsetzungen der Geschäftsführung" und die inzwischen in Angriff genommenen Maßnahmen legen den wirklichen Charakter des Staatsbetriebs klarer denn je an den Tag. Verteuerung der Tarife für die werktätigen Massen, Verschlechterung des Verkehrsangebots durch Auflassung von Bahnhöfen und Nebenstrecken, Finanzierung der staatlichen Zuschüsse und „Leistungsentgelte" aus Massensteuern – all das läßt sich immer schwerer als „Dienstleistung für die Allgemeinheit verkaufen. Immer deutlicher wird für die Masse der Eisenbahner in der Schere zwischen Leistungssteigerung und Personalabbau spürbar, daß sie im Grunde derselben Knochenarbeit und verschärften Ausbeutung unterworfen sind, wie ihre Klassenbrüder in privatkapitalistischen Betrieben. Die Verstaatlichung der Eisenbahn hat also lediglich eine andere Form des Kapitalverhältnisses hervorgebracht, keinesfalls aber eine Orientierung am Nutzen der Volksmassen und schon gar nicht einen „sozialistischen Sektor".

Eisenbahn – der Leitung durch das Privatkapital entwachsen

Die rasche Entwicklung des Eisenbahnverkehrs bis zur Jahrhundertwende hat zu einer ungeheuren Konzentration kolossaler Verkehrsmittel geführt. Ihre Leitung und ihr Betrieb konnte nicht mehr durch einzelne private Kapitalisten oder Kapitalgesellschaften erfolgen. Sie war der privatkapitalistischen Form entwachsen. Die Verwandlung in Staatseigentum, in einen staatsmonopolistischen Betrieb, ist notwendig geworden, um diesen bedeutendsten Verkehrsträger als Voraussetzung der kapitalistischen Produktion sicherzustellen.

Der Umfang dieser in staatlicher Hand konzentrierten Verkehrsmittel wird an den Zahlen (1974) seines Verkehrsaufkommens deutlich: 55 Mill. Tonnen Gesamtgüterverkehr, 173 Mill. Reisende auf den Schienen, 75 Mill. Reisende im ÖBB-Autobusverkehr, 494.000 Tonnen Kleingutverkehr. Zum Vergleich stehen 17,5 Mill. Tonnen im Güterfernverkehr (Inland) auf der Schiene lediglich 5,4 Millionen Tonnen auf der Straße gegenüber.

Verkehrsentwicklung in den Fesseln kapitalistischer Aneignung

Der Verkehr auf der Schiene hätte eine Reihe von Vorteilen gegenüber dem Straßenverkehr: geringer Platzbedarf für den Fahrweg, – geringer Bewegungswiderstand, – hohe Transportleistung bei geringem Energiebedarf und hohen Geschwindigkeiten zu relativ niedrigen Kosten, – optimale Sicherungs- und Automationsmöglichkeiten durch die Spurführung, – geringere Umweltbelastung.

Aber die Verwandlung der Eisenbahn in einen Staatsbetrieb hat keineswegs einen planmäßigen Ausbau dieses Verkehrsträgers entsprechend diesen Vorteilen geführt. Im Gegenteil ist der Betrieb verlottert und heruntergewirtschaftet, während sich gleichzeitig durch die anarchische Entwicklung des Straßenverkehrs die allgemeine Verkehrsmisere empfindlich verschärft.

So sind 1974 für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und die Autobahnen 7 Mrd. Schilling vom Staat veranschlagt worden. Im gleichen Jahr waren für Ausbau und Erhaltung des Eisenbahnnetzes nur 964 Mill. Schilling vorgesehen.

Dementsprechend heißt es im Unternehmenskonzept: "Die um die Jahrhundertwende geprägte Linienführung konnte im Laufe der Zeit nur geringfügig verbessert werden." Im Konzept wird auch zugegeben, daß ein beträchtlicher Teil des Fuhrparks (Waggons, Autobusse) verlottert und überaltet ist. Dasselbe wird über den Ober- und Unterbau der Strecken, Brücken und Bahnhofsbauten ausgesagt. Selbst die Sicherungsanlagen „sind zu einem erheblichen Teil technisch veraltet". So wird ungeschminkt ausgesprochen, was eine beträchtliche Gefährdung der Reisenden und Eisenbahner darstellt und als Unfallsursache sonst lapidar mit „menschlichem Versagen" vertuscht wird.

Erst die rapid zunehmende Zuspitzung der allgemeinen Verkehrsmisere war hier der Anstoß für den Staat, wiederum einen stärkeren Ausbau der Eisenbahn ins Auge zu fassen, einen Ausbau im Dienste der Kapitalistenklasse und für ihren Profit.

Krise erfordert Reorganisation der Staatsbetriebe – Das „Unternehmenskonzept 1975 – 1985"

Wie die Verstaatlichung der Eisenbahn, so kann auch die Ausdehnung der Staatstätigkeit und Übernahme von immer mehr gesellschaftlicher Funktionen durch den Staat insgesamt den zugespitzten Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung nicht lösen, sondern nur auf neuer Stufe weiter verschärfen. Ausdruck der Zuspitzung dieses Grundwiderspruchs von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung nicht lösen, sondern nur auf neuer Stufe weiter verschärfen. Ausdruck der Zuspitzung dieses Grundwiderspruchs ist die internationale Überproduktionskrise, die zusammenfällt mit einer raschen Vertiefung der politischen Krise des Imperialismus.

Diese Krise, die sich auch einerseits als Finanzkrise des Staates ausdrückt, andererseits die „Krise" profitabler Kapitalanlagemöglichkeiten ist – diese Krise setzt für die herrschende Klasse die Reorganisierung der Staatstätigkeit einschließlich der Staatsbetriebe auf die Tagesordnung.

Ziel dieser Umkrempelung der Staatsbetriebe ist die relative Verbilligung der Dienstleistung für die Kapitalisten, Verringerung des Aufwands aus Steuermitteln, um diese für direkte Zuschüsse an die Kapitalisten und den Ausbau des Unterdrückungsapparates freizubekommen, Steigerung der Ausbeutung der Eisenbahner zur Erhöhung der Profite auf das angelegte Kapital. Und schließlich Sicherstellung eines bedeutenden Verkehrsträgers nicht nur im Frieden, sondern gerade auch als Güter-, Waffen- und Truppentransportmittel für den näher gerückten Fall des Übergangs des imperialistischen Wirtschaftskriegs in eine militärische Konfrontation.

Alle diese Ziele finden im Unternehmenskonzept ihren Niederschlag.

Die Verbilligung der Transporte für die Kapitalisten „orientiert sich am Markt", um die Monopolstellung der Eisenbahn auszubauen. So werden „tarifliche Anreize" geboten und ein spezieller „Kundentarif", um „ein flexibleres und aggressiveres Agieren auf dem Transportmarkt" zu ermöglichen. Dem Staat fällt dabei die Aufgabe zu, diese Maßnahmen z.B. durch Besteuerung der Konkurrenten (LKW-Steuer z.B.) zu flankieren. So wollen die ÖBB lt. Konzept auch im „Transportbereich Pipeline" expandieren.

Die Reduzierung der Staatsaufwendungen, insbesondere zur Defizitabdeckung, ist eines der zentralen Ziele des Unternehmenskonzeptes. Mit diesem Konzept soll es gelingen, „den Trend der ständig steigenden Verluste zu brechen und eine ausgeglichene Unternehmensgebarung anzusteuern."

Die verschärfte Ausbeutung ist im Unternehmenskonzept mit der „Steigerung der Arbeitsproduktivität" und „Ausschöpfung aller Rationalisierungsmaßnahmen" angesprochen.

Schließlich geht es auch ganz unverhüllt um das Ziel der Kriegsvorbereitung: "Die weitgehende Unabhängigkeit der ÖBB von importierter Energie garantiert in hohem Maß die Einsatzbereitschaft in Krisensituationen."

Auswirkung für die Volksmassen: Teurere und schlechtere Dienstleistung

Bei der „Anpassung der Personentarife" stechen vor allem die „Tarifnachziehungen" ins Auge. Dort wird „eine laufende

Fortsetzung auf Seite 12.

„Hitler-Welle" in Wiens Kinos

Die Aufführung der faschistischen Hitler-Filme nicht dulden!

„Hitler – Eine Karriere!", „Hitler – Mein Kampf", „Hitler – Der letzte Akt", „Kappler – Das Massaker" – Diese Filmtitel prägen groß- und fettgedruckt seit Tagen die Kinoprogrammspalten der österreichischen Tageszeitungen. Allein in der Stadt Wien laufen diese Filme zur Zeit in insgesamt 11, vor allem großen und Uraufführungskinos.

In vielen Zeitungen wird diese „Hitler-Welle" gerne damit gerechtfertigt, daß es die Massen selbst sind, die an ihr schuld seien. Die Massen seien am Hitlerfaschismus so interessiert, heißt es, daß die jetzige Propagandaflut nichts anderes als die kommerzielle Ausnutzung dieser Tatsache sei. Der Film von Joachim Fest etwa, sei nichts anderes als der Versuch, unter Verwendung alter Wochenschauen, für deren Verwendung man nichts mehr bezahlen müsse, einmal kräftig abzusahnen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn auch Fest für seine Arbeit sicherlich gut bezahlt worden ist, so liegt der Hauptzweck des Films eindeutig in der Glorifizierung und Beschönigung des faschistischen Naziregimes. Die Mittel dafür: Geschichtsfälschung und Lüge. Auszüge aus dem Filmtext zeigen das mehr als deutlich:

So wird Hitler dargestellt: „Er war der Mann von der Straße. – Er war weder käuflich noch im Bunde mit dem Großkapital. – Der Traum war, eine bedrohte Welt zu retten. – Er war nicht einfach reaktionär und wollte veraltete Ordnungen wiederherstellen. – Er war ein Revolutionär, auch wo er altfränkisch dachte. – Er hatte die Fähigkeit entwickelt, nur das wahrzunehmen, was ihn in seinen Hoffnungen auf die große Wende bestärkte." – Zum deutschen Volk äußert sich Fest in folgender Weise: „Er gab den Menschen zurück, was sie entbehrten: Autorität, Ordnung und Ziel, vor allem aber Selbstbewußtsein. – Übereinstimmung mit den Massen hat ihn getragen und zum Gegenstand der Revolution gemacht. – Die Menschen, unwissend, gläubig, viel zu viele, bis zum Ende sind ihm gefolgt. – Wem die Not das letzte Hemd nimmt, der kann immer noch das Braunhemd anziehen, sagten die Leute. – Scharen von Menschen hängten sich an ihn an. Sie folgten ihm. Für ihn ließen sie sich sogar zusammenschlagen."

Gegenüber diesen unverschämten Lügen haben in Deutschland, in Österreich, in ganz Europa hunderte Millionen Menschen am eigenen Leib erfahren, wer Hitler war, mit welchen Mitteln die Naziherrschaft durchgesetzt wurde und wie sie gehalten wurde. Sie wissen, daß Hitler massiv vom deutschen Finanzkapital getragen und an die Macht gehievt wurde, sie wissen, daß er Deutschland in ein riesiges KZ verwandelt hat, um für die Bourgeoisie die schärfste Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durchzusetzen, sie wissen, daß der Hitlerstaat dem Drang der deutschen Monopolbourgeoisie nach der Weltherrschaft entsprechend versuchte, ganz Europa zu versklaven und die Sowjetunion als sozialistischen Staat auszulöschen.

Die gegenwärtige „Hitler-Welle", die bisher wohl massivste, hat wie alle bisherigen Kampagnen dieser Art, ihren Ursprung in den bürgerlichen Massenmedien der BRD. Der Weltimperialismus ist in einer schweren allgemeinen Krise, der bisher schwersten seit Ausbruch des II. Weltkrieges. Die Profitproduktion ist ins Stocken geraten. Die Imperialisten der ganzen Welt wollen neue Märkte und Anlagegebiete gewinnen, wollen sich freien Zugang zu den Rohstoffquellen verschaffen, um die Krise zu überwinden. Diesen Kampf um die Neuaufteilung der Welt können sie ohne imperialistischen Krieg nicht entscheiden. Das ist der Grund, warum heute die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, fieberhaft für einen neuen imperialistischen Weltkrieg rüsten. Ihre Stärke im Kampf um die Neuaufteilung der Welt hängt davon ab, wie gut es ihnen gelingt, aus der „eigenen" Arbeiterklasse das Maximum herauszupressen. Vor dieser Aufgabe steht heute auch die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie.

So wie es unter Hitler war, will sie auch heute die Arbeiterklasse dazu bringen, im Betrieb ihre Knochen für den Profit der Kapitalisten zu geben, auf dem Schlachtfeld im Kampf für den „Lebensraum" der westdeutschen Monopolbourgeoisie ihr Leben einzusetzen. Während die westdeutschen Kapitalisten gleichzeitig sehen, wie sich in den wachsenden Klassenkämpfen, ihr Gegner, das westdeutsche Proletariat, zum Sturm auf die kapitalistische Ausbeuterordnung rüstet, orientieren sich Teile von ihr direkt auf die Förderung des Aufbaus einer faschistischen Bewegung und der Schaffung von besseren Möglichkeiten für die Einrichtung der faschistischen Form der Diktatur der Bourgeoisie. Auch davon ist die „Hitler-Welle" ein Teil.

Auch die österreichische imperialistische Bourgeoisie steht heute vor dem Problem, im Interesse ihrer Konkurrenzfähigkeit den Druck auf die Arbeiterklasse gewaltig zu verstärken. Gleichzeitig bereitet sie sich auf die Teilnahme am drohenden imperialistischen Krieg an der Seite der NATO mit den USA an der Spitze vor.

Ein wichtiges Ziel ist ihr dabei die massive Verbreitung chauvinistisch-nationalistischen Denkens im Volk, dessen Kern die Geringschätzung und der Haß auf alle anderen Völker bei gleichzeitiger „Interessensgemeinschaft" mit der „eigenen" Bourgeoisie ist. Dazu gehört die Hetze auf die Gastarbeiter, die chauvinistische Hetze in der Minderheitenfrage, dazu gehört auch eine „stolze" Vergangenheit, die beweist, daß es sich lohnt, für die „eigene" Bourgeoisie einzutreten. Das ist der Grund, warum in letzter Zeit immer mehr Verherrlichungen über den imperialistischen Völkerkerker der österreichischen Monarchie verbreitet werden, warum das Fernsehen großaufgemachte Reportagen bringt, die bejammern, daß die Italiener „uns" „unseren" Hochseehafen in Triest und damit den Zugang zum Meer weggenommen haben.

Ein Teil dieser „stolzen" Vergangenheit sind aber auch die sieben Jahre der Hitlerherrschaft über Österreich, die mit dem Verrat der österreichischen Bourgeoisie 1938 und mit ihrer Teilnahme am imperialistischen II. Weltkrieg begonnen und mit der Niederlage gegen den Kampf der europäischen Völker, geführt von der damals sozialistischen Sowjetunion, geendet hat.

Ungeachtet ihres damaligen Verrats will die österreichische Bourgeoisie an dieser Zeit anknüpfen und die Ansicht verbreiten, daß sie eine Zeit der großen Taten Österreichs war, wenn auch unter der Fahne Deutschlands. In ihrer jetzigen Darstellung will sie aus ihrer Niederlage 1945 gerne eine Niederlage des österreichischen Volkes machen, um so dazu überzuleiten, daß auch die österreichische Nation zurückholen muß, was man ihr weggenommen hat. Das ist der Grund, warum die österreichische Bourgeoisie den Hitlerfaschismus wieder salonfähig machen will und im eigenen Interesse auf der BRD-„Hitlerwelle" mitreitet.

Mit den Prädikaten „Sehenswert" (Hitler – eine Karriere) und „Besonders Wertvoll" (Hitler – Mein Kampf) ausgezeichnet, wird für die Kinobetreiber über steuerliche Begünstigung ein zusätzlicher Anreiz zur Aufführung dieser Filme geschaffen. Der österreichische Staat läßt sich die Förderung der Hitler- und Nazifilme etwas kosten.

In Österreich hat zwar die Nazipropaganda, geduldet von den westlichen Besatzungsmächten und dem Staat, bald nach 1945 wieder begonnen, doch hat es die österreichische Bourgeoisie vorgezogen, bis spät in die Sechzigerjahre in ihren direkten Organen den Mantel des Stillschweigens über den Nazifaschismus zu breiten. Seit einigen Jahren ist das anders.

Wiederholt hat die „Kronen-Zeitung" zur Beschönigung und Verteidigung des Hitlerfaschismus faschistische Serienberichte („Die Juden in Österreich", „Die letzten Tage im Führerbunker") gebracht,

In guter Erinnerung ist das Eintreten der Österreichischen Bundesregierung für den in Italien wegen seiner Verbrechen inhaftierten SS-Führer Reder, das in einem offiziellen Gnadengesuch des österreichischen Außenministers Pahr an die italienische Regierung gipfelte und das jüngste Beispiel ist Kreiskys, in den österreichischen Zeitungen breit aufgemachte, Unterstützung für die verbrecherische Haltung der westdeutschen Regierung, die den „geflohenen" Kappler nicht ausliefern will, sowie seine Erklärung, sollte Reder die Flucht nach Österreich gelingen, so werde die österreichische Regierung ihn nicht an Italien ausliefern.

Die österreichische Arbeiterklasse darf die Verherrlichung des Faschismus, so wie jede Art von chauvinistisch-nationaler Verhetzung nicht dulden. Entgegen den bürgerlichen Predigten von der Interessenseinheit zwischen Proletariat und Bourgeoisie muß sie daran festhalten, daß das einzige Ziel des österreichischen Volkes in seiner Befreiung von der Herrschaft der imperialistischen Ausbeuterklasse, in der sozialistischen Revolution, liegt.

Sie wird ihren Kampf gegen die Verherrlichung des Faschismus nutzen, um die Wurzeln jeglichen Faschismus, die Interessen des imperialistischen Finanzkapitals, offenzulegen und so die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung den Massen drastisch vor Augen führen. Wenn heute mit allen möglichen Mitteln verhindert wird, daß die faschistischen Filme in Österreich aufgeführt werden können, so ist dies mehr als gerecht.

G.F.

Fest – Hitler, eine Karriere

Herausgegeben vom Kommunistischen Bund Westdeutschland. Diese Broschüre bringt den vollen Filmtext und entlarvt die Lügen des Autors durch die Gegenüberstellung von zahlreichen Dokumenten. Bis heute wurden in der BRD 12.000 Stück der Broschüre verkauft.

Preis: S 20,–

Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13 und über die Ortsgruppen des KB

Linz: Polizei perlustriert bei Hitler-Film

Beim Anlaufen des J.C. Fest-Filmes „Hitler - eine Karriere" im Linzer Apollo-Kino, wurden die Schaukästen mit der Parole „Nieder mit der NS-Propaganda!" besprüht.

Daraufhin fanden die Vorstellungen unter Polizeischutz statt. Die Polizei perlustrierte die Besucher – Taschen mußten hinterlegt werden.

Obwohl sonst viele Arbeiter dieses Kino zu besuchen pflegten, war ihr Interesse für den Nazi-Film gering. Bei den ohnehin schwach besetzten Vorstellungen, war die soziale Zusammensetzung der Besucher auffallend verändert.

P.K., Ortsgruppe Linz

Prozeß gegen F. War

F. Warasch, der Sekretär des Rates der Kärntner Slowenen, wird wegen Anstiftung zum Bombenanschlag angeklagt. Die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen ist längst allgemein bekannt. Sie sind auch für die Prozeßführung unerheblich; es geht ja gar nicht um die „Wahrheitsfindung", wie sie die Revisionisten und die Sozialdemokraten bauen, wenn sie auf den Kampf gegen diese konstruierte Anklage angesprochen werden, sondern darum, daß dieser Prozeß ein Baustein für die herrschende Klasse ist, mit dem sie ihre Terroristenhetze gegen die Kärntner Slowenen vervollständigen will. Der Prozeß soll so Verunsicherung und Spaltung unter diejenigen tragen, die Diskriminierung bekämpfen, und jene davon abhalten, die noch nicht aktiv geworden sind.

Gerade jetzt erlebt die antislowenische Hetze eine neue Blüte. „Die Slowenen haben die beiden Strommasten in Bleiburg/Pliberk gesprengt" – sie bereiten neue Attentate vor, heißt es in den bürgerlichen

---

Reaktionen auf

Wagner für Ausbau

In Bleiburg/Pliberk haben slowenisch und deutschsprechende Menschen aus der Stadt und der Umgebung mit einer in den letzten Jahren noch nie dagewesenen Eindeutigkeit die Diskriminierung der Minderheit abgelehnt und die volle Zweisprachigkeit des öffentlichen Lebens als einzige demokratische Regelung gefordert. Sie haben mit der Kriegserklärung an die Diskriminierung einen Grundpfeiler des Gebäudes des Chauvinismus selbst angegriffen, auf den sich die herrschende Klasse bei der Spaltung des Volkes stützt. Denn das positive Eintreten für die volle Zweisprachigkeit reißt der Bourgeoisie ihre chauvinistische Fratze direkt vom Gesicht, indem es dem reaktionären Geschwätz den einfachen, klaren und verständlichen Gedanken der Anerkennung beider in einem Gebiet gesprochenen Sprachen als gleichwertig entgegensetzt.

Die Kärntner SP-Zeitung gibt unter der Überschrift: „Wagner warnt Störenfriede, den Bogen nicht überspannen", seine Stellungnahme wieder: „*Bei dieser Demonstration haben sich die Exekutivbeamten außerordentlich zurückhalten gezeigt, und von den ihnen zustehenden Rechten trotz tätlicher Angriffe einiger junger Slowenen keinen Gebrauch gemacht*", sagte Wagner. ..... Er meinte weiters, daß die Exekutive ihre Pflicht erfülle und man nicht zulassen werde, daß der Bogen überspannt wird. Mit größter Aufmerksamkeit würde es auch im zunehmenden Maß notwendig werden, die einzelnen Aktionen gegen den Staat und seine Gesetze dieser wenigen jungen Störenfriede und die Mitwirkung öffentlicher Bediensteter daran unter die Lupe zu nehmen. Niemand dürfe sich nämlich der Hoffnung hingeben, daß derartige Methoden auf die Dauer toleriert werden, sagte Landeshauptmann Wagner. ..... Abschließend meinte Wagner, daß die kryptokommunistischen Aktionen, wie man sie derzeit in Ansätzen miterleben kann, nicht nur die Öffentlichkeit mobilisieren, sondern auch die politischen Parteien zu einer verstärkten Standortbestimmung zwingen würden." (Kärntner Tageszeitung, 2.9.77, Seite 1).

Die Bedeutung dieser Erklärung geht über einen neuen Versuch, durch Drohung und Erpressung die Bewegung vom Weg des Kampfes abzubringen und in die Kapitulation zu treiben, hinaus. Sie ist die Reaktion der herrschenden Klasse darauf, daß der konsequente Kampf gegen Diskrimi-

...asch beginnt am 17. Oktober in Salzburg

Zeitungen. „Ernste sicherheitspolitische Aktionen werden gefordert, „die Exekutive muß den radikalen Slowenen mehr Aufmerksamkeit" schenken. Das alles bereitet eine beträchtliche Verschärfung der Vorgangsweise des bürgerlichen Staates vor. Der Warasch-Prozeß wird voll in diesem Sinne ausgenutzt werden.

Die Absichten, die hinter dem Prozeß stecken, sind in jeder Hinsicht reaktionär: Sie dienen der reaktionären Minderheitenpolitik, sie dienen der Terroristen-Hetze gegen alles, was sich gegen den bürgerlichen Staat erhebt; der Prozeß ist Teil der Kampagne, hinter der der Ausbau des Staatsapparates betrieben wird.

Der Kampf für seine Einstellung – und zwar eine klare und unmißverständliche – muß überall aufgenommen werden!

Sofortige Einstellung des Prozesses!



...den Kampf in Bleiberg/Pliberk

...und Formierung des Staatsapparates

...nierung und Chauvinismus, der in Bleiburg/Pliberk aufgenommen wurde, tatsächlich gegen die Minderheitengesetzgebung Sturm laufen muß und damit entscheidend zur Schwächung des Staates beiträgt. Sie kündigt an, daß die Exekutive und das polizeiliche Bespitzelungssystem gegen das Volk ausgebaut werden und im öffentlichen Dienst selbst zersetzende Elemente hinausgesäubert werden müssen. Diese Formierung des imperialistischen Staatsapparates gegen den gesamten Klassenkampf des Proletariats wird gerechtfertigt und vorbereitet durch die antislowenische, chauvinistische Hetze, an der sich Wagner selbst und seine Leibblätter AZ und Kärntner Tageszeitung (die Kärntner SP-Zeitung) massiv beteiligen.

Bereits zwei Tage später kam für die Reaktion wie gerufen (und sicher auch von ihr) das Attentat auf den Strommast in Bleiburg/Pliberk, nach dem alle bürgerlichen Zeitungen nach einer Verstärkung der „Terroristenfahndung" und einer Verstärkung des Eingreifens der Exekutive der im „Volksgruppenkonflikt" riefen. Für alle diese Zeitungen (inklusive dem Hetzer in der AZ-Chefredaktion M. Scheuch) stand sowieso fest, daß die Täter im slowenischen Terroristenkreis zu suchen sind.

Die Welle antislowenischen Chauvinismus war begleitet von einer Verstärkung der Bespitzelung fortschrittlicher Menschen in Kärnten, gerade auch deutschsprachiger, von willkürlichen Festnahmen und von einer Ankündigung des Innenministers, den „Fahndungsapparat in Kärnten" zu verstärken. Sie war begleitet von direkten Drohungen gegen wichtige Einrichtungen der Kärntner Slowenen. Sie war begleitet von Angriffen auf unsere Ortsaufbaugruppe als Ganzes und von öffentlicher Verleumdung einzelner Kommunisten.

Zu Schulbeginn: Proteste gegen Schulschliessungen an mehreren Orten

Der Staat hat in Österreich die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in der Hand. Die Eltern, Kinder und Jugendlichen selbst haben nichts zu entscheiden. Obwohl es angeblich „zu viele" Lehrer gibt, sind die Klassen weiterhin überfüllt, werden Schulen geschlossen, entfallen tausende Unterrichtsstunden. Dagegen regt sich an vielen Orten der Widerstand, wie in Mailberg (Niederösterreich) und in Lauffen (Salzkammergut). Wir bringen hier einige Korrespondenzen, die zeigen, daß die Misere im Schulwesen sich weiterhin verschärft.



In Mailberg (NÖ) fand vor Unterrichtsbeginn eine gemeinsame Demonstration von Eltern und Schülern gegen die Stillegung der Schule statt. 43 Kinder müssen nun die Schule im weit entfernten Nappersdorf besuchen. Die Empörung unter den Mailbergern über die ÖVP-Landesregierung war so groß, daß der ÖVP-Bürgermeister und die ÖVP-Funktionäre des Ortes gezwungen waren, ihre Parteifunktionen zurückzulegen.

Proteste gegen Schulschließung in Lauffen

Proteste gegen Schulschließung in Lauffen Salzkammergut

In Oberösterreich wurden dieses Schuljahr 7 Volksschulen aufgelassen. Eine starke Bewegung gegen die Schulauflassung gibt es in Lauffen im Salzkammergut. Die nächste Volksschule ist hier mehrere Kilometer entfernt.

Aus Protest gegen diese Maßnahme der Landesregierung stellte die Dorfmusikkapelle ihren Betrieb ein und die Feuerwehr meinte: Wir schließen ebenso wie die Schule. Die Eltern erwägen einen Schulstreik.

Ausgebildete Lehrer ohne Arbeit

Ausgebildete Lehrer ohne Arbeit, aber Überstunden, überfüllte Klassen, Unterrichtsausfall

Obwohl es immer schwerer wird, als Volksschullehrer Arbeit zu finden, müssen die beschäftigten Lehrer seit dem Vorjahr an Wiens Schulen verstärkt Überstunden machen. (Laut Gesetz können einem Lehrer bis zu 7 Überstunden pro Woche aufgezwungen werden). Im Durchschnitt muß ein Volksschullehrer jetzt 3-4 Überstunden pro Woche machen: für verschiedene „Nebenfächer" wie Englisch, Deutschkurse, Turnbegleitung usw. Natürlich bewirken diese Überstunden, daß man im allgemeinen weniger Zeit auf die Vorbereitung des

Fortsetzung auf Seite 12

KPÖ immer deutlicher hinter Volksgruppengesetz und Regierung

Die KPÖ hat auf den Aufruf des Landeshauptmannes, „jede Partei müsse ihren politischen Standort bestimmen", rasch reagiert. Ihr Sekretär A. Raimund stellt im Anschluß an die Aktionen in Bleiburg/Pliberk fest:

„Nach Inkrafttreten des Volksgruppengesetzes, ... gibt es, wenn auch in einschränkendem Umfang, für Angehörige der slowenischen Volksgruppe, nunmehr die gesetzliche Möglichkeit, vor Ämtern und Behörden des Landes und des Bundes in Kärnten Eingaben und ähnliches in der Muttersprache vorzubringen. Man sollte nicht übersehen, daß dies neu und ein Ergebnis des Kampfes der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte und nicht zuletzt der Slowenen selbst ist. ....

Wir meinen, daß die Nützung nationaler Rechte zur Stärkung der slowenischen Volksgruppe bei uns in Kärnten beiträgt und ein entscheidender Teil des weiteren Kampfes um die volle Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages ist. Dabei können die Kärntner Slowenen sicher mit der Solidarität und Unterstützung aller demokratischen Kräfte in der Mehrheitsbevölkerung rechnen."

Die Landesleitung der KPÖ Kärnten hat diese Linie in einem Beschluß bekräftigt, der nur die Aufhebung einzelner Bestimmungen des Volksgruppengesetzes fordert und die „Ausnützung der Rechte" zum Hauptkampfmittel erklärt.

In Wahrheit brachte das Volksgruppengesetz überhaupt keine Rechte für die slowenische Minderheit. Es ist ein Gesetz, das den Geist des antislowenischen Chauvinismus in jeder Bestimmung atmet und in allem und jedem die Sprache, Kultur und Traditionen der Minderheiten diskriminiert. Deshalb haben die Slowenenorganisationen auch betont, daß „das Volksgruppengesetz nicht nur keine Lösung im Sinne des Staatsvertrages, sondern .... eine Verschlechterung der bisherigen Situation darstellt." Die KPÖ hat also mit ihrer Erkenntnis der „erkämpften Rechte" endgültig die Stellung der SPÖ-Regierung eingenommen, die auch gerne von einer Verbesserung der Minderheitenrechte durch das neue Gesetz spricht. Vor allem aber kann die Diskriminierung der Minderheit nicht durch die Ablösung eines mehr diskriminierenden Gesetzes durch ein ein bißchen weniger diskriminierendes Gesetz erfolgen, sie kann nur durch die volle Anerkennung der Zweisprachigkeit im gesamten Gebiet überwunden werden und davon schweigt die KPÖ schon seit Jahren. Von besonderem Gewicht ist allerdings der Zeitpunkt, zu dem die KPÖ mit dieser Erklärung hervortritt. Die Bewegung gegen die Diskriminierung geht mit der Demonstrationswelle und den Aktionen in Bleiburg/Pliberk zu einem offensiven Auftreten für volle Zweisprachigkeit über, erschüttert den Chauvinismus und die Diskriminierung – und die KPÖ beeilt sich gerade jetzt der Bewegung in den Rücken zu fallen und sie auf das Volksgruppengesetz festzunageln.

Das ist direkte Unterstützung für die Regierung – in einer Situation, wo der Kampf gegen sie in ein entscheidendes Stadium tritt. Das Manöver mit der „Ausnützung erkämpfter Rechte" würde, wenn es sich in größeren Teilen der Bewegung durchsetzen würde, diese vollkommen dem Staat ausliefern und jede Erkämpfung eines wirklichen Rechtes unmöglich machen.

Selbstverständlich haben Leute, die auf dieser Linie arbeiten, auch praktisch keinen Kampf im Sinne. Das illustriert ein Leserbrief in den beiden Zeitungen der slowenischen Zentralorganisationen über das Auftreten der KPÖ (Kladivogruppe) in Eberndorf, als Landeshauptmann Wagner mit den Forderungen der Kärntner Slowenen konfrontiert wurde: *„So erklärte schon einige Tage vorher der Hauptredakteur des 'Kladivo', Janko Malle, 'daß man mit ihm nicht rechnen brauche'. Mit allen möglichen Ausreden versuchten sie die Leute zu überzeugen, daß es falsch wäre, die Veranstaltung am Sonntag zu stören, und wir denkt, daß diese Anschauungen nur die eines Einzelgängers wären, der den Blick für die Kärntner Realität verloren hätte, weil er gerade aus Moskau zurückgekehrt sei, der irrt sich. Als dann am Sonntag die Jugendlichen nach der Veranstaltung spontan Parolen riefen und damit dem anwesenden Wagner und den anderen Vertretern der Obrigkeit praktisch zeigten, daß wir uns noch nicht gebeugt haben, standen einige Leute von 'Kladivo' zehn Meter abseits und lachten."* ....

Wir haben vor einigen Nummern unseres Zentralorgans darauf hingewiesen, daß, je breiter und konsequenter die Bewegung wird, desto offener, aber auch heimtückischer die KPÖ sich dieser Entwicklung entgegenstellen wird und ihre Bemühungen, der Bewegung von innen das Kreuz zu brechen, intensivieren wird. Das hat sich voll bestätigt. Auch wenn dieses Verhalten der KPÖ bereits zu Empörung und Erbitterung unter den fortschrittlichen Menschen geführt hat, so muß ihr Vorgehen in aller Schärfe bekämpft werden und auf jeden Fall verhindert werden, daß breitere Teile der Bewegung dieser Orientierung auf Kapitulation folgen.

ÖBB – ein staatskapitalistischer Betrieb

Fortsetzung von Seite 9

Angleichung des Personentarifes an die Geldwertentwicklung und eine schrittweise Heranführung des Tarifs an kostenorientierte Fahrpreise angestrebt". Demgegenüber sind die „neuen Fahrpreisermäßigungen" spätestens seit der letzten Tarifkorrektur als ganz abgefeimte Methoden zur Flankierung und Verwischung der steigenden allgemeinen Ausplünderung bekannt. Noch dazu sollen für tatsächliche Ermäßigungen im Berufs- und Schulverkehr ohnehin „entsprechende Abgeltungen" aus dem Staatssäckel, aber über Massensteuern und andere Tarife erfolgen. Die werktätigen Massen werden also zweifach zur Kasse gebeten, über höhere Tarife und wachsende Steuerlast.

Gleichzeitig sollen Nebenstrecken und Bahnhöfe aufgelassen werden, was sich insbesondere für die Pendler und die Landbevölkerung allgemein nachteilig auswirkt.

Für die Eisenbahner verschärfte Ausbeutung

Nach dem Konzept des ÖBB-Vorstandes sollen die Transportleistungen der Bahn in den nächsten Jahren weiter ansteigen und zwar:

Wagenladungsverkehr:
1975 .... 10,35 Mrd. Tonnenkilometer
1980 .... 11,66 – " –
1985 .... 13,72 – " –
Personenfernverkehr:
1975 .... 3,92 Mrd. Personenkilometer
1980 .... 3,96 – " –
1985 .... 4,44 – " –

Den steigenden Transportleistungen steht ein beträchtlicher Personalabbau gegenüber. Dazu heißt es im Unternehmenskonzept: „Der Personalstand (ständiges Personal) ist von 1960 bis 1974 von rund 77.800 auf 70.400 Bedienstete gefallen. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung würde der Personalstand bis 1980 auf 66.000 Bedienstete sinken." Tatsächlich sollen bis 1985 laut Konzept 8.100 Bedienstete eingespart werden. Die Folge ist verschärfte Auspressung der Arbeitskraft der verbleibenden Eisenbahner und Überstundenschinderei. Dazu heißt es im Konzept zynisch: „Die 1974 geleisteten Überstunden entsprechen der Arbeitsleistung von 3.378 Bediensteten. Da die Überstundenleistungen wegen der physischen Leistungsgrenze (!) des Personals nicht unbeschränkt erhöht werden können, ist die dargestellte Trendfortschreibung naturgemäß nur insoweit realistisch, als weiterhin – und zwar in verstärktem Umfang – personalsparende Rationalisierungen durchgeführt werden können. Überdies werden sich auch die Einführung der 40-Stunden-Woche (wo gibt's die bei der ÖBB?) und die zu erwartenden Leistungssteigerungen (!) auswirken."

Dazu kommt für die Eisenbahner noch die Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit und der Angriff auf den Lohn.

ÖBB: Profitable Kapitalanlage für Monopolbourgeoisie

Was über die Ausplünderung der Volksmassen und die Ausbeutung der Eisenbahner herausgeholt werden soll, will sich die Bourgeoisie in die Tasche stecken. Der Staat bietet dem Finanzkapital über das Investitionsprogramm für die ÖBB zwischen 1976 – 1985 Kapitalanlagemöglichkeiten in der Höhe von 52 Mrd. Schilling. Diese Milliarden werden über Anleihen und Kredite finanziert, die den Banken, Versicherungen und anderen Großkapitalisten gewaltige und garantierte Zinsengewinne in Milliardenhöhe bringen.

Gegen das Unternehmenskonzept – ein Kampfprogramm der Eisenbahner

Eine Unterwerfung der Eisenbahner unter das Unternehmenskonzept bedeutet verschärfte Ausbeutung und Verelendung. Für sie kann es nur darum gehen, den Auswirkungen der Reorganisierung der ÖBB ein Kampfprogramm entgegenzustellen. Erste Schritte in dieser Richtung schlägt das *Aktionsprogramm einer Gruppe von Eisenbahnern* vor. Die Eisenbahner werden in ihrem Kampf zweifellos die Unterstützung der übrigen Werktätigen erhalten. Vor allem wenn sie ihren Kampf zu einem Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Steigerung der Ausbeutung und des Kampfes des Volkes gegen die staatliche Ausplünderung, gegen die Kriegsvorbereitungen und gegen die Reaktion der herrschenden Klasse auf der ganzen Linie machen. Der Klassenkampf und die proletarische Revolution sind auch der einzige Weg, um die Produktivkräfte von den Fesseln zu befreien, die immer augenfälliger und immer drückender werden und die Beseitigung des Lohnsystems auf die Tagesordnung setzen.

P.K.

Fortsetzung von Seite 3

Gemeinderatswahlen in Innsbruck

ganzen Stadtteiles, gegen diesen Generalverkehrsplan der Gemeinde, der in seinem Gesamtkonzept diesen Brückenschlag beinhaltet.

Der Unmut über diese Verkehrs- und Lebensverhältnisse ist groß; die bürgerlichen Politiker aller traditionellen Parteien werden von vielen Menschen mit für ihr Elend verantwortlich gemacht.

Am berechtigten Unmut über diese Verhältnisse versucht die „Grüne Liste" anzusetzen. Ins Leben gerufen wurde sie zu den Gemeinderatswahlen von früher in der „linken Szene" Innsbrucks tätigen Menschen. Verbal radikal tritt sie auf: „Verteidigt euren Lebensraum selbst, die Politiker tun es nicht", vor gibt sie, es gehe ihr nicht um Wählerstimmen. Als sich aber in St. Nikolaus die Anrainer zusammenschließen wollten zum Kampf gegen den Brückenschlag, die Zerstörung ihrer Wohn- und Lebensverhältnisse und gegen den Generalverkehrsplan, der diesen Brückenschlag beinhaltet, da war es vorbei, da taten sie alles, um die Komiteebildung zu verhindern und es gelang ihnen auch vorerst. Da zeigte sich das wahre Gesicht der „Grünen Liste". Ein Auffangbecken für berechtigten Unmut, ein Schutzschild für die Kapitalistenklasse. Zersetzung und Irreführung von berechtigter Empörung der Volksmassen, das ist die erste Stufe der Karriereleiter zum wohlbestallten bürgerlichen Politiker, die diese Herrschaften zu erklimmen sich anschicken.

Am 8.9. fand eine Veranstaltung dieser „Grünen Liste" statt. Wir haben uns dort bemüht, deren wahres Gesicht zu enthüllen, indem wir sie mit den dringendsten Forderungen gegen die Verelendung der Verkehrs- und Lebensbedingungen konfrontiert haben.

Wir haben aber auch gezeigt, daß diese Verkehrs- und Wohnverhältnisse in der Existenz des kapitalistischen Privateigentums wurzeln und nur der Kampf um den Sozialismus die Perspektive sein kann. Auch wenn wir noch nicht mit eigenen Kandidaten uns an diesen Wahlen beteiligen, sind Stimmen für den KB und seinen Aufruf: „Vorwärts zur sozialistischen Revolution! KB" alles andere als „verlorene" Stimmen. Verloren kann vom Standpunkt der Arbeiterklasse und des Volkes aus eine Stimme für die Arbeiterklasse und das Volk, für seine Interessen, Forderungen und Ziele niemals sein.

A.C./ Ortsgruppe Innsbruck

5 Jahre „Rüstungskonferenz" der beiden Supermächte – verbessertes Waffenarsenal ist das Ergebnis

Am 3.10. ist das zwischen den beiden imperialistischen Supermächten abgeschlossene SAL I-Abkommen ausgelaufen. Mit ihrer „Begrenzung der strategischen Waffen" versuchten die USA und die Sowjetunion den Völkern Sand über ihre „Abrüstungsbemühungen" in die Augen zu streuen. Begrenzt haben sie technologisch veraltete Waffensysteme, im Wetteifer um die Entwicklung und Aufrüstung mit neuen Waffenarsenalen haben sie sich gleichzeitig ums Ohr zu hauen versucht.

Auf Grund ihrer Rivalität bei der Ausrüstung mit Kriegsgerät zur Unterwerfung des Gegners und der Völker haben sie ein SAL II-Abkommen nicht zustande gebracht. Auch zu einer einfachen Verlängerung des alten SAL I-Abkommens ist es nicht gekommen. Scheinheilig haben sie versichert, in Zukunft im „Geist der Abrüstung" zu handeln. Den Völkern tritt dieser „Geist" in der Form verschärfter Kriegsvorbereitung beider Supermächte entgegen. Das wird jetzt nach dem Fallen der Abrüstungsmaskerade noch offener und deutlicher.

SAL I, in Kraft getreten am 3.10.1972 für fünf Jahre, umfaßte:

* Vertrag über die Einschränkung der Raketenabwehrsysteme auf je 2 für jede Supermacht. Diese Begrenzung der Abschußrampen für antiballistische(Verteidigungs-)Raketen fiel beiden Seiten nicht schwer, da sie sich beide auf die Produktion und Entwicklung von Offensivwaffen einstellten.
* Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen. Darin verpflichteten sich die USA und die Sowjetunion, ihren Stand an land- und U-Boot-stationierten Abschußrampen für Raketen „einzufrieren". Die vereinbarten Zahlen legten fest: für die USA 1054 landstationierte und 710 Raketen auf 44 U-Booten; für die Sowjetunion 1618 landstationierte und 950 Raketen auf 84 U-Booten. Die beiderseitige Aufrüstung wurde auf technologischen Gebieten fortgesetzt.

„Rahmen"gespräche über SAL II zwischen Ford und Breschnew, 1974 in Wladiwostok: Man einigte sich auf eine obere Grenze von 2400 land- oder seestationierten Langstreckenraketen, von denen jeweils 1320 mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ausgerüstet werden konnten.

Im Frühjahr 1977 sind die Gespräche geplatzt, weil sich die beiden Supermächte nicht auf die Einordnung ihrer beiden neu entwickelten Waffensysteme, den amerikanischen Cruise-Missiles und den sowjetischen Backfire-Bomber, als strategische Waffen einigen konnten.

Anfang September 1977 schätzt der *Bericht über das „militärische Gleichgewicht 1977/78"* des Londoner Instituts für strategische Studien den Rüstungsstand der beiden Supermächte:

* Die USA verfügen über 2083 landgestützte und U-Boot-stationierte Langstreckenraketen sowie Fernbomber. Das sind um 200 weniger als vor 10 Jahren, dafür haben sich die Sprengköpfe verdoppelt auf 11.000.
* Die Sowjetunion verfügt über 2521 Langstreckenraketen land- oder see-gestützt bzw. mittels Fernbomber. Das sind um 1647 mehr als vor 10 Jahren, allerdings tragen diese Raketen nur 3.800 Sprengköpfe.
* Beide Supermächte streben danach, die Zielgenauigkeit ihrer Interkontinentalraketen zu verbessern.
* Beide Supermächte haben in den letzten Jahren vor allem auch ihre konventionellen Streitkräfte verstärkt.

M.Z.

Fortsetzung von Seite 11

Ausgebildete Lehrer ohne Arbeit

Unterrichts verwenden kann. Auch nervlich sind viele Kollegen nach einigen Stunden Unterricht schon sehr belastet. Jede Überstunde vervielfacht diese Belastung. Dennoch nehmen viele Lehrer diese Überstunden gerne an, denn sie sind gut bezahlt, und das Gehalt der Junglehrer ist bescheiden (netto ca. 6.000,-/Monat).

Ausfall von Unterrichtsstunden steht auf der Tagesordnung

Jedes Jahr stehen „Supplierreserven" zur Verfügung. Das sind Lehrer, die für erkrankte oder aus verschiedenen Gründen fehlende Lehrer einspringen. Der 16. Bezirk z.B. hat 18 Pflichtschulen mit mindestens 180 Klassen. Heuer stehen uns 9 Supplierreserven zur Verfügung. Vier davon stehen schon seit Schulbeginn fix in einer bestimmten Klasse, wo der Lehrer monatelang fehlen wird (Karenzurlaub, schwere Erkrankungen usw.) Es bleiben also 5 Lehrer, die während des Jahres einspringen. Schon voriges Jahr ist der Unterricht immer wieder zusammengebrochen. Stunden entfielen oder Klassen mußten „aufgeteilt" werden. D.h., daß die Kinder in anderen Klassen sitzen mußten, (oft „Erstklaßler" in dritten oder vierten Klassen), und dort nicht einmal Tische zur Verfügung hatten. Sie saßen dort nur ihre Zeit ab. Kinder und Lehrer kämpften sich in den überfüllten Klassen durch den Vormittag. Am Nachmittag und Abend hatten die Eltern die Bescherung: ihre Kinder waren nervlich überlastet, hatten dafür aber fast nichts gelernt.

N.N./Ottakring

Veranstaltungen der Ortsgruppen des KB zur CSSR-Okkupation 1968

Aus Anlaß des sozialimperialistischen Überfalls der Sowjetunion auf die CSSR am 21. August 1968 führten die Ortsgruppen des KB Österreichs Kundgebungen und Saalveranstaltungen mit einem Lichtbildervortrag durch.

In GRAZ stieß die Rede des Sekretärs der Ortsgruppe auf der Kundgebung bei ca. 100 Menschen auf großes Interesse. 30 Stück des Zentralorgans und mehrere Broschüren „Der Sowjetische Sozialimperialismus ohne Maske" wurden verkauft. Bei der anschließenden Veranstaltung waren 35 Menschen anwesend.

Bei der Veranstaltung in INNSBRUCK, die 35 Menschen, davon 25 Unorganisierte besuchten, berichtete eine Ungarin über die Zustände unter der Diktatur der neuen Bourgeoisie in ihrem Land.

Die Veranstaltung in LINZ besuchten ca. 50 Menschen. Ein großer Teil von den 30 Unorganisierten waren jugendliche Arbeiter.

An der Veranstaltung in SALZBURG nahmen 35 Menschen teil. Mehrere Broschüren wurden verkauft. Zwei Teilnehmer unterstützten die Kandidatur des KB zu den Gemeinderatswahlen mit ihrer Unterschrift.

In KLAGENFURT waren 20 Menschen anwesend, ein Drittel davon Unorganisierte. Bei der anschließenden lebhaften Diskussion konnte an Hand der Gegenüberstellung von Wirtschaftsverträgen zwischen der Sowjetunion und der CSSR aus den Jahren vor dem Machtantritt des Revisionismus mit solchen, wie sie die Sowjetunion heute als „brüderliche Hilfe" ausgibt, der sozialimperialistische Charakter der neuen sowjetischen Bourgeoisie anschaulich gezeigt werden.

In WIEN besuchten an die 200 Menschen die Veranstaltung, davon die Hälfte Unorganisierte.

Zur Wiedereinsetzung Deng Hsiao-pings in seine Ämter

Das X. Zentralkomitee der KP Chinas beschloß auf seiner 3. Plenarsitzung, Genossen Deng Hsiao-ping wieder in seine Funktionen einzusetzen. Die Delegierten des XI. Parteitages bestätigten diesen Beschluß durch die Wiederwahl Dengs. Dies wurde von allen Marxisten-Leninisten aufmerksam verfolgt, war Deng doch von der „Viererbande" als „oberster besserungsunwilliger Machthaber, der den kapitalistischen Weg geht". in ihren Publikationen angegriffen worden, und wurde gestützt auf diese Publikationen diese Kampagne gegen ihn doch auch in vielen marxistisch-leninistischen Zeitungen – so auch in der des ehemaligen KB Wien – propagiert.

Im Unterschied zu kleinbürgerlichen Idealisten sind die Marxisten-Leninisten der Meinung, daß nicht die Frage, welche Personen die KP-Chinas anleiten und ihre Politik durchführen, entscheidend ist für die Beurteilung des Klassencharakters dieser Politik und der Partei, sondern die Linie, der Inhalt dieser Politik, ob Marxismus oder Revisionismus praktiziert wird. Diese Frage ist durch die Politik der KP Chinas im letzten Jahr hinlänglich beantwortet. Trotzdem finden sich einige Genossen bei der Wiedereinsetzung Dengs nicht zurecht und lassen sich von der bürgerlichen Propaganda, daß mit der sogenannten „Rehabilitierung" Dengs der Politik Mao Tsetungs der Todesstoß versetzt wurde, verwirren. Einige, die sich Marxisten-Leninisten nennen, nehmen sogar Personalentscheidungen der KP Chinas als „Beweis" von konterrevolutionärer Politik, statt endlich für ihre Behauptung Argumente und eine Kritik an der Linie der Partei zu bringen.

Die politische Linie der KP Chinas heute ist vollständig korrekt, sie hält nicht nur am Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen fest, sie stellt einen großartigen Sieg des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen über die Verfälschungen und Verdrehungen der „Viererbande" dar. Das kommt in allen Dokumenten der Partei zum Ausdruck und findet seine Bestätigung in der Praxis der KP Chinas im letzten Jahr. Die Wiedereinsetzung Dengs durch das ZK und seine Wiederwahl durch die Delegierten des XI. Parteitags waren daher offensichtlich nur möglich, weil Deng auf dieser richtigen Linie der Partei steht und für fähig befunden wird, die chinesische Partei und das ganze Volk bei der sozialistischen Revolution und dem sozialistischen Aufbau mitanzuleiten.

Dies ging keinsewegs nach der Methode „Katze aus dem Sack", wie die VRA behauptet, vor sich, sondern gemäß der Linie Mao Tsetungs für die Behandlung der Widersprüche im Volk. Der Wiedereinsetzung Dengs war vorangegangen die Zustimmung der ganzen Partei zu zwei Briefen Dengs, die dieser an Hua Guo-feng und das ZK der KP Chinas geschrieben hatte und die vom ZK am 3. Mai in Umlauf gebracht worden waren. Über den Inhalt der Briefe berichtete Stefan Lindgren, Chefredakteur des „Gnistan", Zeitung der KP Schwedens, in der Nummer vom 29.7. folgendes:

„Deng schreibt, daß er froh über die Wahl Hua Guo-fengs zum Nachfolger Mao Tsetungs sei. Er äußerte gleichzeitig seinen Wunsch, die Arbeit in der Partei wieder aufzunehmen, auf welchem Posten auch immer. Er übte auch Selbstkritik an drei wichtigen Punkten:

Erstens und vor allem dafür, daß sein Verständnis des Marxismus unzureichend gewesen ist. Er schreibt auch, daß er einen prinzipiellen Fehler gemacht habe, daß er nicht erkannte, daß man den Klassenkampf jederzeit zuerst anpacken muß .... Deng gibt auch zu, daß er in der Parteiarbeit oft 'grob und übereilt' gehandelt hat."

Im Gegensatz zur „Viererbande", die sich immer als „Vertreter der korrekten Linie" hochspielte und „niemals Fehler beging", scheute sich Genosse Deng Hsiaoping nicht, seine Fehler einzugestehen. Im Gegensatz zur „Viererbande" war er niemals ein „besserungsunwilliger Machthaber auf dem kapitalistischen Weg". Auch am Beginn der Kulturrevolution hatte er Fehler gemacht und unterstützte Liu Schao-tschi in einigen Fragen; aber er war auch damals kein Spalter und kein Mitglied der konterrevolutionären Clique, die Liu Schao-tschi um sich geschart hatte. Nach der Enthebung aus seinen Ämtern und seiner Selbstkritik arbeitete er zunächst in einer 7. Mai Kaderschulde und dann in einer Fabrik. Auf Vorschlag Mao Tsetungs wurden ihm Anfang der 70er Jahre wieder Parteifunktionen übertragen und während der schweren Krankheit Tschu En-lais betraute Mao ihn mit der Verantwortung für die laufenden Geschäfte des ZK.

Die Fehler, die Genosse Deng Hsiaoping gemacht hat und die Kampagne gegen ihn, die die „Viererbande" im Frühjahr 1976 in der von ihr kontrollierten Presse startete, sind aber zwei völlig verschiedene Dinge.

Während das ZK der KP Chinas auf Vorschlag Mao Tsetungs Deng gestatte, „seine Parteimitgliedschaft zu behalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält" (Beschluß des ZK der KP Chinas über die Enthebung Dengs von seinen Ämtern), ihm also Gelegenheit gab, seine Fehler zu korrigieren, verleumdete die „Viererbande" ihn gerade nach diesem Beschluß wütend als „oberster besserungsunwilliger Parteimachthaber, der den kaptialistischen Weg geht". Sie richtete die Speerspitze ihres konterrevolutionären Kampfes gegen Deng, wollte damit aber Mao Tsetung, Tschu En-lai, das Zentralkomitee der Partei und alle erfahrenen revolutionären Kader treffen, da diese ihr den Weg zur Machtergreifung versperrten. Die „Viererbande" setzte in ihrer Kritik an dem Artikel „Über das allgemeine Programm für alle Arbeit der Partei und des Landes" an, der unter Leitung Deng Hsiao-pings ausgearbeitet worden war. Dazu wird in „Peking Rundschau" 33/77 festgestellt: „Im Jahre 1974 hatte Vorsitzender Mao eine nach der anderen, drei wichtige Weisungen erteilt – über das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats, über die Förderung von Stabilität und Einheit und über das Voranbringen der Volkswirtschaft. Die Vier aber bekämpften und verdrehten diese Weisungen. Es war dies ein Brennpunkt des von unserer Partei damals gegen die „Viererbande" geführten Kampfes. Gerade von dieser aktuellen Lage des Klassenkampfes ausgehend, propagierte der Artikel „Über das allgemeine Programm" die drei wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao und den Geist einer Reihe wichtiger Dokumente, die im Jahre 1975 von dem vom Vorsitzenden Mao geführten ZK der Partei ausgearbeitet worden war, um die Probleme des Eisenbahntransports, der Eisen- und Stahlindustrie und der Verteidigungsindustrie, des Lernens von Dadschai in der Landwirtschaft sowie Probleme hinsichtlich einiger Gebiete und Abteilungen zu lösen. Es wurde darin auf eine Anzahl von Fragen eingegangen, wie der Notwendigkeit des Festhaltens an der grundlegenden Linie der Partei, der Festigung der Diktatur des Proletariats, der Förderung von Stabilität und Einheit und der Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus. Die erste Fassung des Entwurfs von Anfang Oktober 1975 enthielt einige Formulierungen, die unkorrekt waren, vor allem die Formulierung „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten". Das war ein prinzipieller Fehler. In der zweiten Entwurfsfassung von Mitte Oktober war diese Formulierung gestrichen und der Titel des Artikels entsprechend geändert." (PR 33/77).

Die „Viererbande" jedoch setzte in ihrer „Kritik" wider besseres Wissen an der 1. Fassung dieses Artikels an und veröffentlichte sie sogar im August 76 als „Dokument der Zentrale" und verleumdete den in der Hauptseite richtigen, daher korrigierbaren Artikel als „Programm zur Restauration des Kapitalismus". Wie der Teufel das Weihwasser fürchtete die „Viererbande" die Propagierung und Durchführung der Linie Mao Tsetungs. Sie ritt wilde Attacken gegen den Artikel, um die Verbreitung und Durchführung der drei wichtigen Weisungen Mao Tsetungs zu verhindern.

Der Artikel „Über das allgemeine Programm" wies auf die Besonderheiten und Kompliziertheit des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats hin, die „ihren hauptsächlichen Ausdruck in der Tatsache" finde, „daß Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Partei Intrigenspiel treiben, um unter dem Deckmantel des Marxismus den Kapitalismus wiederherzustellen." (PR 33/77). Er gab eine Analyse der damaligen Klassenkampfsituation: „Die revolutionären Massen und Kader haben, durch die Große Proletarische Kulturrevolution gestählt, ihre Fähigkeit erhöht, die echten von den falschen Marxisten zu unterscheiden, und durchschaut, was für politische Schwindler die Pseudomarxisten sind. Andererseits haben auch die antimarxistischen Klassenfeinde aus ihrer Niederlage Lehren gezogen und sich noch geschickter maskiert." (PR 33/77). All dies reizte die „Viererbande" sehr, fühlte sie sich doch direkt angesprochen. „Über das allgemeine Programm" legte die Beziehung zwischen Stabilität und Einheit einerseits und Klassenkampf andererseits richtig dar. „Nur wenn Stabilität und Einheit gefördert werden," erklärte der Artikel, „könne im ganzen Land eine günstige politische Situation für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau geschaffen und die Aufgabe der Festigung der Diktatur des Proletariats bis in jede Grundeinheit verwirklicht werden. Nichtsdestoweniger könne Stabilität und Einheit nur durch heftigen Klassenkampf herbeigeführt werden." (PR 33/77). Die „Viererbande" jedoch setzte zwischen Stabilität und Einheit und Revolution einen absoluten Widerspruch, denn sie wollte um jeden Preis die Schaffung einer solchen günstigen Situation verhindern und China in ein Chaos stürzen. Während die „Viererbande" die sozialistische Revolution in völligen Gegensatz zum sozialistischen Aufbau stellte und die sozialistische Revolution und den Klassenkampf zum Endziel der Kommunisten erhob, erläuterte „Über das allgemeine Programm" die Weisung Mao Tsetungs „Die Volkswirtschaft voranbringen" und das richtige Verhältnis von Revolution und Produktion.

Obwohl der Artikel „Über das allgemeine Programm" einige Schwächen und Fehler enthielt, enthüllte und verurteilte er, ohne Namen zu nennen, die konterrevolutionäre, revisionistische Linie der „Viererbande"; „und so fand er großen Widerhall unter den Massen, die nicht diesen Artikel für giftiges Unkraut hielten, sondern vielmehr jene Artikel, die gegen 'Über das allgemeine Programm' vom Leder zogen." (PR 33/77).

So wenig Widerhall die Lügenkampagne der „Viererbande" in China selbst fand, so wenig sie in der von ihr kontrollierten Presse berichten konnte über die Teilnahme der Arbeiter und Bauern in den Farbiken und Volkskommunen, so groß war die Freude des chinesischen Volkes über alle auf der 3. Plenarsitzung des ZK gefaßten Beschlüsse. Der Chefredakteur des „Gnistan", der sich zu dieser Zeit selbst in China aufhielt, berichtet: „Es war sehr eindrucksvoll, wie sehr die Wiedereinsetzung Dengs brennend vom Volk erwünscht wurde. Vom ersten Tag an sprachen alle mit viel Ehrfurcht und Wärme von ihm."

Während die bürgerliche Presse Deng als „Pragmatiker" und „Rechten" darstellen will, kennt das chinesische Volk seine Entwicklung und seine Verdienste genau.

1920 – 24 hat Deng in Frankreich gearbeitet und zusammen mit Tschu En-lai die 1. Parteisektion im Ausland gebildet. Heute ist Deng jenes Parteimitglied, das am längsten in der Partei ist. Er hat einige Jahre in Shanghai im Untergrund gearbeitet, war Leiter der Parteischule in Sian, führend bei der Schaffung der 1. Bauernarmee in Kiangsi und bildete nachher die 7. Rote Armee in Kwangsi. Im Kampf zweier Linien stand er fest an Maos Seite, auch dann, wenn Mao in der Minderheit war. 1945 wurde er Sekretär des Politbüros. Er war Politkommissar der Millionenarmee, die 1949 den Yangtsekiang überschritt und Nanking befreite und das gesamte zentrale Land.

Mit der Selbstkritik und Wiedereinsetzung Deng Hsiao-pings in alle seine Ämter kann das chinesische Volk wieder von den reichen Erfahrungen dieses revolutionären Kaders der Partei Gebrauch machen.

C.R.

Wie Yü Gung die Berge versetzte 12 Dokumentarfilme aus der VR China

Vom 23.9 – 2.10.1977 werden in der Wiener Urania in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Volksrepublik China und der Österreichischen Gesellschaft für Chinaforschung 12 Filme von Joris Ivens und Marcebine Loridan gezeigt. Die beiden reisten 2 Jahre mit einem chinesischen Team durch China und nahmen, gestützt auf die Mitarbeit des chinesischen Volkes und auf ihre Freundschaft mit ihm und seinem Kampf, insgesamt 12 Stunden Film auf.

Die 12 Filme führen nach Dajing, Peking, Schanghai, in ein Fischerdorf, in eine Kaserne.... Sie zeigen Ausschnitte aus dem täglichen Leben und Kampf des chinesischen Volkes.

Ein Beispiel:

In Nanking wurde der Film *„Eine Kaserne"* gedreht. Hier sehen wir Offiziere und Soldaten am gleichen Tisch essen und wie Soldaten die Offiziere sowohl wegen der Führung der Kaserne als auch in taktischen Fragen kritisieren. „Es gibt eine große Diskussion über einen Offizier, der einen Soldaten öffentlich kritisiert hat. Man wirft ihm nicht den Inhalt der Kritik vor, die richtig war, sondern daß er öffentlich einen anderen kritisiert hat, der sich jetzt vor seinen Genossen schämt. Es wird ihm gesagt: der Inhalt der Kritik ist richtig, aber man darf die Leute nicht in Situationen bringen, daß sie sich vor andern schämen müssen". (Loridan)

Am Schluß des Films wird das Bündnis zwischen Soldaten und Bauern gezeigt. Gemeinsam wird ein Damm errichtet, die Soldaten unterrichten die Bauern am Geschütz, Seite an Seite gehen Bauer und Soldat hinter dem Pflug.

Spendet für M. Hubmann!

Der neueste Stand der Spendensammlung für M. Hubmann beträgt S 18.192,99. Im Oktober 1975 hatte M. Hubmann bekanntlich an der großen Demonstration gegen die Ermordung von vier Antifaschisten durch das Franco-Regime teilgenommen, in deren Verlauf das spanische Flugbüro „Iberia" angegriffen und schwer beschädigt wurde.

Der bürgerliche Staat, der schon bei der Demonstration seine Polizei schützend vor das Flugbüro der Faschisten gestellt hatte, griff aus der Demonstration einige Menschen heraus, um durch ihre Bestrafung einen Akt der Unterdrückung gegen die gesamte Solidaritätsbewegung mit dem revolutionären spanischen Volk zu setzen. M. Hubmann wurde im IBERIA-Prozeß zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Insgesamt sind ihm durch die Strafe und den Prozeß Kosten von insgesamt S 49.000,– erwachsen. Um das Urteil gegen die Spanien-Solidaritätsbewegung wirkungslos zu machen, ist noch viel Arbeit zu leisten, sind noch S 30.000,– zu sammeln.

Spendenkonto: Villacher Sparkasse, 0001-324375. Zahlungszweck: Spenden gegen die Verurteilung von M. Hubmann.

England: Die Arbeiter halten sich nicht an die Lohnleitlinie

Letzte Woche fand in England der Jahreskongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC statt. Die sozialdemokratische Regierung erhoffte sich die Zustimmung der Gewerkschaften zu ihrer Lohnleitlinie von 10 % und einer Laufzeit der Tarifabschlüsse von 12 Monaten. Die Absicht, einen neuerlichen Lohnpakt zwischen den reformistischen Gewerkschaftsführern und den Kapitalisten zustandezubringen, mußte sie schon im Frühjahr fallen lassen. Bei der bleibend hohen Inflation von um die 20 % ist die britische Arbeiterklasse durch die bisherigen zwei Lohnpakte an den Rand des Elends gedrückt worden. Die Wirklichkeit der kapitalistischen Ausbeuterordnung hat den Arbeitern gezeigt, daß Zurückhaltung im Lohnkampf weder die Inflation noch die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern nur den Trieb des Kapitals nach schrankenloser Auspressung von Mehrarbeit anstachelt.

Angesichts der Kampfbereitschaft der Arbeiter haben die bürgerlichen Gewerkschaftsbonzen auf dem TUC-Kongreß es auch nicht gewagt, der Lohnpolitik der Regierung offen zuzustimmen. Beschlossen wurde, sich der Laufzeit unterzuordnen, nicht erwähnt wird die Höhe der Lohnabschlüsse. Auch dieser Erfolg „nur auf dem Papier" ist zustandegekommen durch das Votum der Führer der größten Gewerkschaften, die je nach Mitgliederzahl über Blockstimmen verfügen. Ein Delegationsmitglied der Maschinenbauer-Gewerkschaft wollte seinen Führer Scanlon vom Podium aus kritisieren, weil dieser seine Verfügung über die Stimmen von 1,2 Millionen Arbeitern für die Unterstützung der 12-Monate-Laufzeit mißbrauchte. Die Vorsitzende schaltete dem Delegierten nach wenigen Worten das Mikrophon ab.

Die Arbeiterklasse hält nicht viel von dem „Verständnis" ihrer bürgerlichen Führung und ergibt sich nicht mit bloßem „Ärger" dem Schicksal, wie die Bourgeoisie das gerne hätte. Noch während des Kongresses begannen die Arbeiter von 40 der insgesamt 137 E-Werke gegen den Willen der Gewerkschaftsführer den Lohnkampf. 33.000 Londoner Bäckerei-Arbeiter traten in einen „wilden" Streik für die Bezahlung von Überstundenlöhnen bei Feiertagsarbeit. Die Dock- und Bergarbeiter kündigten an, daß sie auf jeden Fall für mehr als 10 % Lohnerhöhung kämpfen werden. Seit zwei Wochen dauert der Streik der Flugassistenten um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

M.Z.

Auch nach der „Demokratisierung" - Kein Klassenfrieden in Spanien

Der Streik der Werktätigen im Hotel- und Gastgewerbe zwang die bürgerliche Presse ihr Schweigen über die Klassenkämpfe in Spanien zu brechen. Die Hoffnungen der spanischen Oligarchie und der europäischen Imperialisten, unter Einsatz des Wahlschwindels und der „Demokratisierung" die Volksmassen niederzuhalten und für die geplanten „gemeinsamen Opfer" zur Sanierung der Wirtschaft zu gewinnen, haben sich nicht erfüllt. Bei den fortdauernden gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen stoßen die Arbeiter und die Völker Spaniens immer wieder auf den Gewaltapparat des faschistischen Regimes, auf den sich die Macht der Großbourgeoisie und des ausländischen Imperialismus nach wie vor stützt. Unter der Form der bürgerlichen Demokratie die kapitalistische Ausbeutung fortzusetzen und noch zu steigern, war der Zweck des „Demokratie"-Manövers. Gelungen ist es nicht, damit die Diktatur der Bourgeoisie und den Zugriff der Imperialisten über Spanien zu festigen.

Vor dem Sommer hat die Suarez-Regierung auf den Druck der imperialistischen Kreditgeber, v.a. der USA und der BRD, die Peseta abgewertet. Diese Maßnahme erleichtert es den ausländischen Bourgeois, sich die spanischen Reichtümer, einschließlich die Arbeitskraft, unter den Nagel zu reißen. Mit dem Beitritt zur EWG sollen die letzten Schranken für den freien Kapitalverkehr nach und aus Spanien fallen. Grundsätzlich sind sich die europäischen Imperialisten einig, die spanischen Bourgeois in ihren Räuberkreis aufzunehmen. Uneinig sind sie sich noch über die Bedingungen, die sie dabei diktieren wollen. Dabei konkurrieren sie um Positionen, wer aus der Ausplünderung Spaniens als Stärkster hervorgehen wird. Die französischen Imperialisten fürchten die billigen Landwirtschaftsprodukte Spaniens, die ihren eigenen Agrarexport gefährden könnten. Die BRD-Imperialisten, selbst mit der spanischen Agrarbourgeoisie führend an der Ausbeutung des Bodens, der kleinen Bauern und Landarbeiter beteiligt, drängen dagegen auf rasche EWG-Aufnahme.

Schon heute führen die Kleinbauern einen erbitterten Kampf mit den Milchzentralen, den Konservenfabriken und den großen Handelsgesellschaften gegen die niedrigen Preise, zu denen ihnen die Gesellschaften ihre Produkte abnehmen wollen, wodurch viele Kleinbauern an den Ruin gebracht werden. Die verstärkte Investitionstätigkeit solcher Gesellschaften nach einem Beitritt Spaniens zu EG würde ihren Zugriff auf die Bauern verschärfen und die Kapitalisierung der Landwirtschaft vorantreiben. Durch die Abwertung haben sich landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel, die aus dem Ausland importiert werden müssen, verteuert und sind für die kleinen Landwirtschaften kaum mehr erschwinglich. Die Arbeiterklasse hat durch diese Entwicklung steigende Preise für Agrarprodukte und einen zunehmenden Druck der ruinierten arbeitslosen Bauern auf die Löhne zu erwarten. Deshalb unterstützt sie die Kämpfe der Bauern gegen die Verarbeitungskonzerne um höhere Preise für ihre Produkte und die Bewegungen für politische Rechte und Schutzrechte für den Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter unter der Bauernschaft.

Die Peseta-Abwertung öffnete Spanien dem Zugriff der Imperialisten

Ein erster Schritt, das Lebensniveau der spanischen Volksmassen zu senken und die Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalisten zu bessern, wurde mit der Peseta-Abwertung schon gesetzt. Importprodukte wie Sojaöl, Kaffee und Benzin haben sich empfindlich verteuert, weitere Preiserhöhungen lebenswichtiger Waren für die Massen stehen bevor. Die Inflation beträgt an die 30%. Eine direkte Einführung der Mehrwertsteuer hat die Regierung bisher noch nicht gewagt. Zu sehr fürchtet sie den Kampf der Arbeiter, die schon bei der bloßen Ankündigung des geplanten Sanierungspaketes mit Massenstreikbewegungen geantwortet hat.

In vielen Küstenstädten wurden die Wohnhäuser von den Hotelkapitalisten aufgekauft, dem Verfall preisgegeben oder die Mieten so erhöht, daß sie für die Leute aus dem arbeitenden Volk kaum mehr tragbar sind. Arbeiterfamilien werden zwangsdelogiert, in Slums zusammengepfercht und in einigen südlichen Gegenden müssen viele in Erdhöhlen hausen. Die Preise für Lebensmittel an der Küste sind sprungartig angestiegen. Viele Arbeiter vom Land haben gehofft, Arbeit in den Touristenzentren zu bekommen, und die Hotelbesitzer nutzen das aus, um die Ausbeutung der Bediensteten zu steigern. Die Arbeitszeit beträgt an die 18 Stunden im Tag, die Löhne können gedrückt werden.

Die revisionistische KP hat das Regierungsprogramm der Regierung genutzt, um mit ihrem Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu drohen, zu dem Zweck, an die Pfründe des Staatsapparates heranzukommen. Der Chef Carillo zeigte „Verständnis" für die Lage der Regierung und machte im Parlament das Angebot, mit dieser verlogenen „Reform"-Bande des faschistischen Regimes „Schulter an Schulter" voranzuschreiten. Die Revisionisten drängen auf eine „demokratische Konzentration" mit den bürgerlichen Parteien, und haben sich zugleich an der Spaltung der Arbeiterbewegung in verschiedene legalisierte Gewerkschaften beteiligt. Allerdings hat der Versuch der Bourgeoisie nicht gegriffen, die Arbeiterbewegung durch die Legalisierung von einigen bürgerlichen Gewerkschaften, die nach den neuen Gesetzen sich politischen Kämpfen und Forderungen zu enthalten haben, zu schwächen. Mehr als 10 Gewerkschaftsorganisationen konkurrieren um den Einfluß über die Arbeiter, nur 13% der Arbeiterklasse sind bisher in diesen organisiert, lauten die Klagen der Imperialisten.

In Versammlungen stellen die Arbeiter eine kämpferische Einheit her

Im Kampf der Massen, die Ausbeutung und Unterdrückung unter dem Mantel der „Demokratie" fortzusetzen, bilden sich in den Betrieben immer wieder „Versammlungsbewegungen", in denen die Arbeiter Kampfforderungen und -formen diskutieren, und sich ihre Vertreter wählen. In den Streiks müssen oft die Kapitalisten dazu gezwungen werden, diese Vertreter als Verhandlungspartner anzuerkennen. In den Streiks werden oft auch politische Forderungen erhoben und wird der „reformierte" Staatsapparat des Regimes direkt angegriffen. Zahlreiche Auseinandersetzungen haben ganze Städte in Bewegung gebracht.

Ein Beispiel dafür ist der Streik der Arbeiter der Müllabfuhr in Valladolid im Juli, der direkt nur 350 Arbeiter betraf. Forderungen waren die Festsetzung eines Mindestlohns und betragsmäßig gleiche Lohnerhöhungen für alle Arbeiter. Die Gemeinde reagierte darauf mit der Aussperrung der Arbeiter. Aus Protest dagegen mobilisierten sich die Volksmassen von Valladolid zur breitesten Bewegung seit dem Generalstreik, der von dem Arbeitskonflikt bei Fasa-Renault im Jahr 1975 ausgegangen war. In Versammlungen und Demonstrationen unterstützten sie die Forderungen der Streikenden und verurteilten die Gemeindepolitik. Die Gemeinde setzte Polizei ein. Die Demonstranten verteidigten sich in Straßenschlachten, bei denen Barrikaden errichtet wurden, gegen den Terror der Polizei. Am nächsten Tag fand eine Versammlung der Nachbarschaftsvereinigungen statt, die die Forderung nach Rücktritt des Bürgermeisters aufstellte. Gleichzeitig fanden Solidaritätsstreiks in den Fabriken statt, in denen gegen den Einsatz von Soldaten für die Müllabfuhr protestiert wurde. Die Solidaritätskundgebungen beschränkten sich nicht auf Valladolid – auch die Arbeiter der Müllabfuhr von Madrid führten einen dreistündigen Sitzstreik durch. Der achttägige Streik führte zum Erfolg: es wurden Lohnerhöhungen, die Bezahlung der Streiktage und die Rücknahme von Kündigungen durchgesetzt.

Die Bauarbeiter von Asturien haben in einem dreimonatigen Streik die Rücknahme von Entlassungen, die Festsetzung eines Mindestlohns, eine betragsmäßig gleiche Lohnerhöhung für alle und eine Erhöhung des Urlaubs durchgesetzt. Dieser Sieg wurde durch die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse und der Volksmassen von Asturien möglich.

Gegenwärtig stehen 50.000 Schuharbeiter in einem Kampf, der den Imperialisten besonders gegen den Strich geht. Der Profit aus 800.000 Paar Schuhen, nahezu ausschließlich für den Export bestimmt, geht jeden Tag für sie verloren.

Der alte Kollektivvertrag für diese Branche läuft Ende September ab und die Arbeiter drängten seit dem Frühsommer auf die Ausarbeitung eines Forderungsprogramms für die Verhandlungen. Die revisionistischen Führer der Arbeiterkommissionen und die Sozialdemokraten der UGT erwiesen sich als unfähig, einen Katalog auszuarbeiten, der die Unterstützung der Arbeiter fand. Zur Diskussion ihrer Forderungen organisierten die Arbeiter Versammlungen, in denen eigene Vertreter gewählt wurden. Seit Mai wurde der Kampf um die Anerkennung dieser Delegierten durch die Unternehmer geführt.

Ende August mußte die Vereinigung der spanischen Schuhbekleidungsindustrie die Vertreter als Unterhändler akzeptieren. Der Streik brach schon zu Beginn der Tarifverhandlungen aus, nachdem die Polizei vor den Fabriken aufmarschierte und es zu Auseinandersetzungen kam. Nach diesen Vorfällen forderten die Massen den Rücktritt des verantwortlichen Provinzgouverneurs. Unter der Führung ihrer Delegierten streiken die Arbeiter für Lohnerhöhungen, für Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit, für Zahlung der Lohnsteuer durch die Firma, für die Bezahlung der Sozialversicherung durch die Kapitalisten und den Staat, für die 40-Stundenwoche und für 30 Arbeitstage bezahlten Urlaub.

Auch in anderen Branchen sind die Bedingungen für den Zusammenschluß der Arbeiter günstig. Unter den Metallarbeitern wird derzeit ein Forderungsprogramm diskutiert, das Lohnerhöhungen, die Durchsetzung der 40-Stundenwoche, 30 Tage Urlaub und die Anerkennung von Arbeitervertretern umfaßt. Diese Forderungen kamen auch bei einer Versammlung von 7.000 Metallarbeitern in Madrid zur Sprache.

In allen Kämpfen zeichnen sich jene Forderungen ab, die sich als Kampfziel in der gesamten Arbeiterklasse durchsetzen müssen - die Einschränkung der Arbeitszeit, Erhöhung des Urlaubsanspruchs, Forderungen bezüglich der Sozialversicherung - Forderungen, deren Verwirklichung die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten Schranken setzen und die Kampfkraft der Arbeiter stärken werden für den Sturz der Oligarchie und der imperialistischen Ausbeuterordnung.

H.B./Red.

Fortsetzung von Seite 1

Zwei Landrover für Zimbabwe!

stützt auf die Ausbeutung der österreichi schen Arbeiterklasse errichten die österrei chischen Monopole riesige Produktions stätten in Zimbabwe, wie die VÖEST.

Österreichische Diplomaten und Politiker stellen sich auf die Seite des reaktionären Smith-Regimes, die österreichische Delegation in der UNO ist schon seit Jahren dafür bekannt, bei allen Abstimmungen gegen das Smith-Regime sich entweder der Stimme zu enthalten oder für das reaktionäre Regime zu stimmen.

Aber in Zimbabwe geht es nicht mehr nach dem Willen der Imperialisten, weder der westlichen noch der Sozialimperialisten. Das Volk von Zimbabwe hat den bewaffneten Befreiungskampf aufgenommen und wird nicht lockerlassen, bis das kolonialistische Smith-Regime vernichtet und der letzte Repräsentant der ausländischen Imperialisten aus dem Land gejagt ist. Große Erfolge hat das Volk bisher zu verzeichnen. Mehr als zwei Drittel des Landes befinden sich bereits fest in den Händen der Patriotischen Front, der Rest ist schwer umkämpft und es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch Salisbury, die Hauptstadt der weißen Siedler, in die Hände des Volkes fällt. Für die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der ganzen Welt sind die Erfolge und Siege des Befreiungskampfes in Zimbabwe ein Grund zur Freude. Sie stärken die weltweite Front gegen Imperialismus, Kolonialismus und das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte. Sie stärken die Front der proletarischen Weltrevolution.

Der Sieg des Volkes von Zimbabwe ist gewiß. Ebenso wie das vietnamesische Volk den US-Imperialismus und seine Lakaien aus dem Land verjagt hat, ebenso wird auch das Volk von Zimbabwe alle Imperialisten, Kolonialisten und Rassisten aus dem Land jagen und ein blühendes Zimbabwe aufbauen.

Spendet für den Sieg des Volkes von Zimbabwe. Spendet für den Kauf der zwei Landrover. Benötigt werden 450.000 Schilling bis 15. Dezember. Das ist viel Geld, aber wird zweifeln nicht daran, daß es gelingen wird, die Spendensammlung erfolgreich abzuschließen. Wir zweifeln deshalb nicht daran, weil wir wissen, daß die Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe in Österreich groß ist und ständig weiter wächst. Das Volk von Zimbabwe steht heute an vorderster Front im weltweiten Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte. An diesem Kampf hat die österreichische Arbeiterklasse und das ganze Volk das allergrößte Interesse.

Das ist deswegen so, weil auch in Österreich, wo der Imperialismus herrscht, Ausbeutung und Unterdrückung herrschen. Ausbeutung und Unterdrückung können in Österreich nur abgeschafft werden durch den bewußt geführten Klassenkampf mit dem Ziel, die eigene Ausbeuterklasse zu stürzen und den Sozialismus in Österreich zu errichten. Was kann zwei Völker stärker verbinden, als die gemeinsamen Ziele im Kampf?

Deshalb: Sammelt in den Betrieben und Büros, auf den Schulen und Hochschulen, in eurem Freundeskreis. Jeder Schilling unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe. Beteiligt Euch aktiv an der Verbreitung der Zimbabwe-Broschüren, jede Broschüre, die Ihr verkauft, jedes Plakat, das Ihr klebt, jedes Gespräch, das Ihr führt, über den Kampf in Zimbabwe, jeder Schilling, den Ihr sammelt und spendet, ist ein Beitrag zum Kampf des Volkes von Zimbabwe für die Befreiung seines Landes von Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus, zum Triumph der Völker der Welt über den Imperialismus und das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte!

SOLIDARITÄT MIT DEM BEWAFFNETEN VOLKSKRIEG IN ZIMBABWE!
ZIMBABWE CHIMURENGA!

Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs

Spendenkonto
CA–56804 Patriotische Front

Erklärung von Rex Chiwara: Warum wir in Zimbabwe Landrover brauchen

Wir sind in einem unerbittlichen Krieg mit unserem Feind Ian Smith. Alle unsere Flüchtlings- und Militärlager liegen mitten im Urwald und wir haben keine Kommunikationsmittel. Die Fahrt von einem Lager zum anderen verschafft uns Kommunikationsmöglichkeiten. Andererseits müssen die Ärzte von einem Lager zum anderen gebracht werden. Und das alles kann nur mit Landrovern gemacht werden.

Unsere Leute müssen von den gefährlichen Gebieten zu sicheren, geschützten Plätzen transportiert werden, denn wenn sie in den gefährlichen Gegenden bleiben, werden sie von den Smith-Streitkräften unerbittlich verfolgt, bis sie getötet werden.

Auch Nahrungsmittel müssen in die Lager gebracht werden.

Die Straßen in Afrika sind sehr schlecht, besonders die in Mozambique.

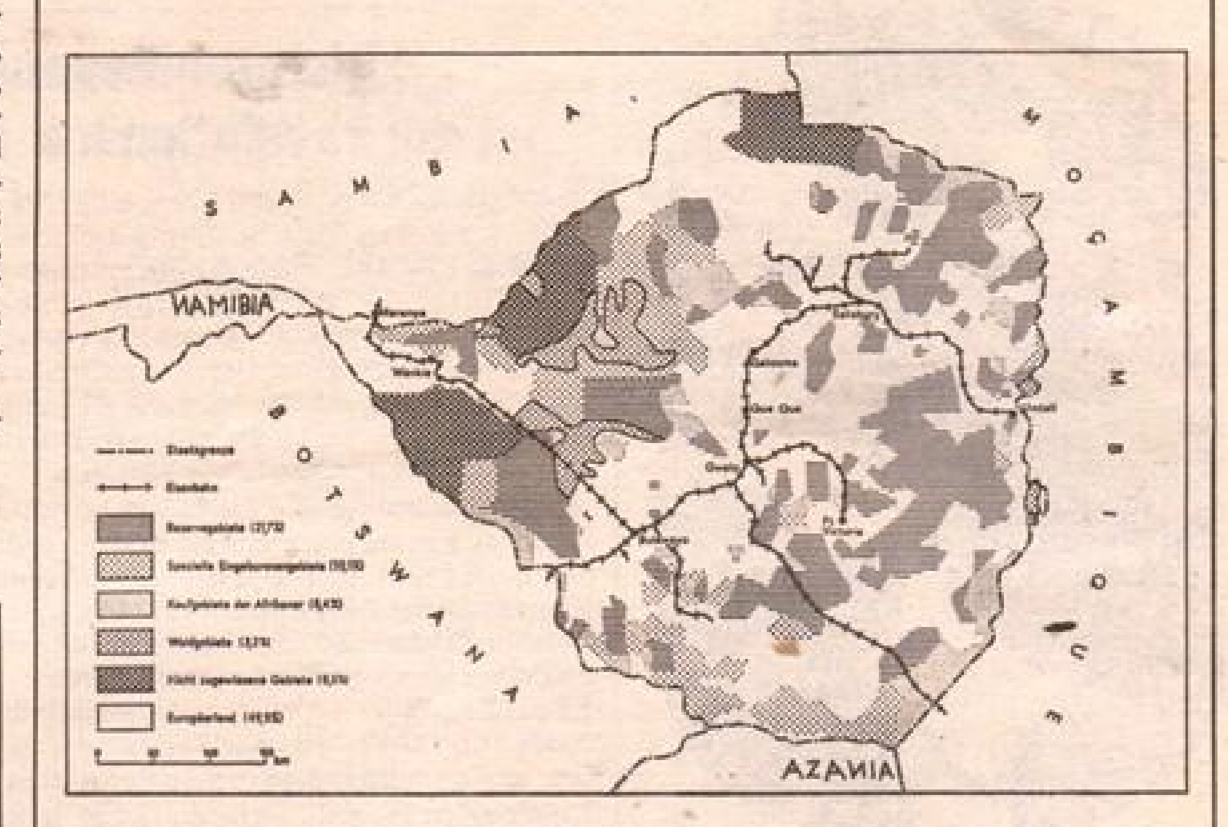
Landrover halten viel aus und können auch dort benützt werden, wo es keine Straßen mehr gibt. Mit einem Wort, sie sind die geeignetsten Fahrzeuge für den Urwald. Und sie sind Mehrzweckfahrzeuge.

Wir haben Landrover schon lange benutzt. Daher haben wir auch ausreichende Kenntnisse, um sie in Schwung zu halten, zu reparieren und zu warten. Das sind die Gründe, warum wir Landrover ausgesucht haben.

Deshalb haben wir auch unsere Freunde und Genossen in Österreich gebeten, uns zu helfen, indem sie Geld für den Ankauf von zwei Landrovern sammeln.

Danke
Rex Chiwara,
chiefrepresentative
für Westeuropa
ZANU/Patriotische Front
(telephonisch übermittelt)

Tatsachen über Zimbabwe



ZIMBABWE:	ist der Name einer Stadt, die seit dem 13. Jahrhundert sakrales Zentrum der Mashona war. Dieses Reich dehnte sich aus über das ganze Gebiet, das zwischen den Flüssen Sambesi und Simpopo liegt. Heute ist ZIMBABWE der Name für das ganze Land, um dessen Freiheit das ganze Volk unter der Führung der PATRIOTISCHEN FRONT kämpft.
RHODESIEN:	ist der Name der Imperialisten für dasselbe Land, nach Cecil Rhodes benannt.
C.RHODES:	war 1890 der Premier der englischen Kap-Kolonie; er kontrollierte damals die ganze südafrikanische Diamantenindustrie und einen Großteil des Goldbergbaus. Rhodes beherrschte die Britisch-Südafrikanische Kompanie, deren Privatarmee 1890 in Zimbabwe einmarschierte, in Salisbury die englische Flagge hißte und das ganze Land der Mashona und Matabele im Namen der englischen Königin in Besitz nahm. Rhodes und seine Gesellschaft erhielten von der britischen Regierung das Recht, Eisenbahnen und Telephonlinien zu bauen, die Einwanderung von europäischen Siedlern zu organisieren, diesen afrikanisches Land zu verkaufen, die Bodenschätze des Landes auszubeuten und ein Monopol über Wirtschaft und Handel zu halten, Gesetze zu erlassen und Polizeitruppen aufzustellen.
GESAMT-GEBIET:	153.000 Quadratmeilen oder 38,400.000 ha.
BEVÖLKERUNG:	6,200.000 Afrikaner und 240.000 weiße Siedler
LANDBESITZ:	80 ha pro Kopf für Weiße, 3,2 ha pro Kopf für Afrikaner
DURCH-SCHNITTS-LÖHNE:	im Bergbau erhielt 1974 jeder der ca. 58.000 Afrikaner umgerechnet S 1.144,- im Monat, jeder der ca. 3.600 Weißen S 16.025,-, Verhältnis 1 : 14. In Land- und Forstwirtschaft erhielt jeder der ca. 357.000 Afrikaner 409,- S monatlich, jeder der 4.900 Weißen S 9.457,-, Verhältnis 1 : 23.

Rundreise eines Vertreters der Patriotischen Front

In der Zeit vom 30. September bis 30. Oktober wird R. Chiwara auf Einladung des ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs im Rahmen einer Rundreise in vielen Orten bei Veranstaltungen zur Unterstützung des bewaffneten Volkskrieges in Zimbabwe sprechen. Die genauen Ortsangaben und Termine werden im nächsten „Klassenkampf" bekanntgegeben.

[illegible] stration vorbereitet und stattfinden

Die Demonstration findet in einer Situation statt, wo die Bewegung nach den großen Demonstrationen vom 12. und 25. Juni in Zwentendorf und Allentsteig auch in der Urlaubszeit keineswegs erloschen ist und in den letzten Wochen gerade anläßlich der bevorstehenden Anlieferung der Brennelemente für das Zwentendorfer AKW und der Vorbereitung von Kampfaktionen dagegen neuerlich die Kräfte zu sammeln und zu konzentrieren begonnen hat. Dies ist auch nötig angesichts der festen Absicht der Direktoren von der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H., in Zwentendorf schon in Bälde den Probebetrieb aufzunehmen, der sich von der vollen, laut Regierungsbericht für Sommer 1978 beabsichtigten Inbetriebnahme nicht mehr wesentlich unterscheidet.

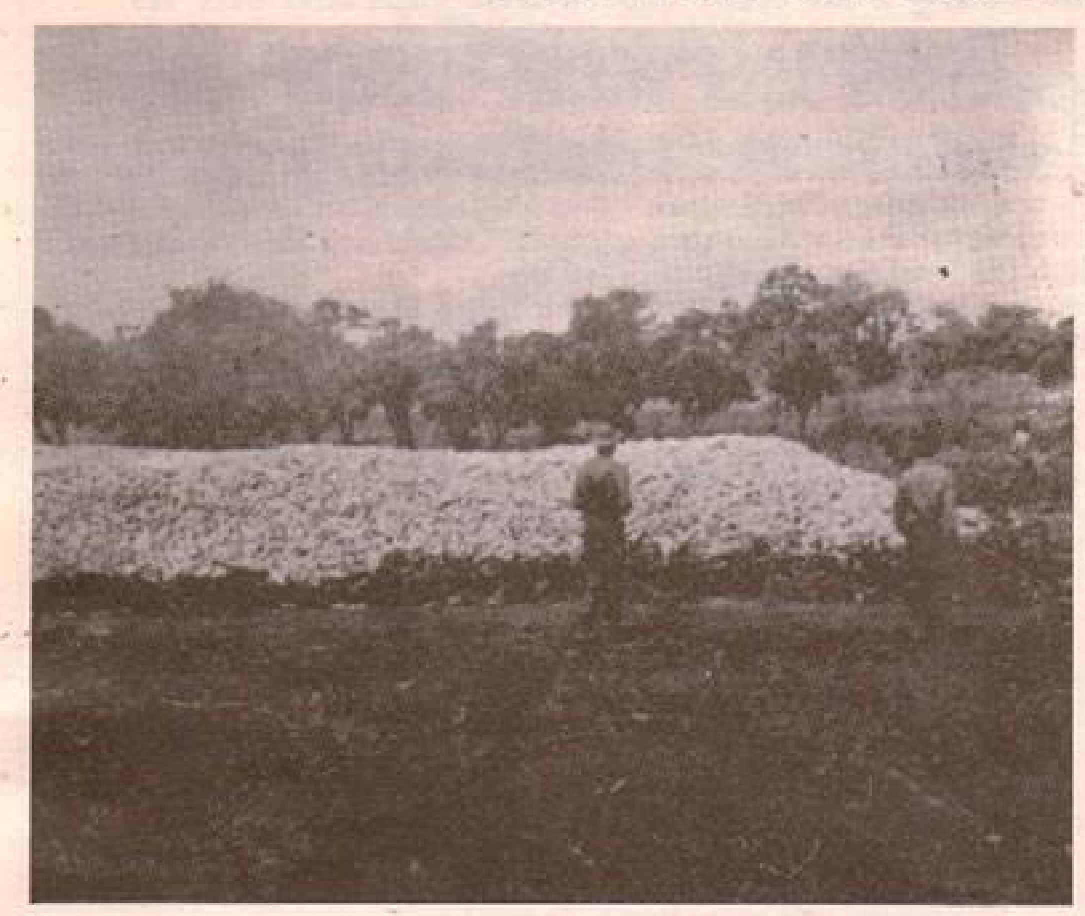
Entweder die Bundes- und Landesregierungen trauen sich bis zum 26.10. für die Anlieferung der Brennelemente kein grünes Licht zu geben, oder es kommt zur Anlieferung und zu Blockadeaktionen dagegen, oder es gelingt nicht, dem Transport [illegible] Regierungspartei seit einem [illegible] nichts unversucht läßt, um die Arbeiter gegen die Bewegung gegen Atomkraftwerke auszuspielen und aufzuhetzen. Das ist ein teuflisches Manöver. Das *kann* sie nur so starten, indem sie sich auf die rückschrittlichsten und kleinbürgerlichen Kräfte in der Bewegung gegen Atomkraftwerke bezieht, die die Atomkraftwerke, nicht aber Kapitalismus und Imperialismus als das größte Übel hinstellen, und die Atomkraftwerke nicht nur unter den heutigen Produktionsverhältnissen, sondern für alle Zeiten bekämpfen wollen.

Dieser Versuch der Regierung, die Arbeiter gegen die Bewegung auszuspielen, ist noch nicht nennenswert durchkreuzt, er muß aber durchkreuzt werden und zwar eben dadurch, daß alles Nötige geschieht, um der Arbeiterklasse die Führung der Bewegung zu sichern.

Schon älter ist der betrügerische Plan und die Absicht der Regierung, die längst gefällten Entscheidungen für die Einrichtung des Zwentendorfer AKW und die Durchführung eines richtiggehenden

Fortsetzung auf Seite 4

Das Volk von Zimbabwe auf dem Weg zum Sieg



Mais ist das Hauptnahrungsmittel in Zimbabwe. Die ZANU hat zahlreiche Produktionszentren aufgebaut, in denen Mais für die Versorgung der Befreiungskämpfer angebaut wird.



Ein Sammel- und Verteilungslager



In den Ausbildungslagern wird die theoretische Ausbildung mit der Arbeit auf den Feldern verbunden. „Wir wollen ein Erziehungsprogramm schaffen, das davon ausgeht, daß jeder einzelne am Wiederaufbau des Landes teilnehmen muß." (L. Tekere)

„Die grundlegende Kampfform ist der revolutionäre bewaffnete Kampf!"

Die Patriotische Front wurde am 8.10.1976 in Maputo gebildet. Sie wird geführt von Genossen Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU und Joshua Nkomo, Führer des ANC(Z)(ZAPU, die Red.). Die patriotische Front ist ein Bündnis zwischen ZANU und ANC(Z). Sie ist keine Verschmelzung oder Fusion sondern eine nationale Einheitsfront, in der jede Bewegung ihre eigene Identität, Unabhängigkeit und Initiative bewahrt. Sie ist ein Grundstock einer breiteren nationalen Einheit, die alle demokratischen Kräfte in Zimbabwe einschließt – Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuelle, Geschäftsleute – die für die nationale Befreiung gegen Imperialismus, Kapitalismus, Kolonialismus und Rassismus kämpfen.

Während anfangs die Patriotische Front nur eine taktische Front war und keine ideologische und politische Front, verwandelt sie sich jetzt in eine ideologische und politische Front. Das zeigt auch das im Jänner beschlossene Dokument, in dem die Kampfziele der Patriotischen Front festgelegt wurden:

* Kolonialismus und Imperialismus zu beseitigen und dadurch das rassistische Minderheitsregime von Rhodesien zu stürzen.
* Schaffung eines nationalen, demokratischen Staates des Volkes von Zimbabwe,
* jede Form kapitalistischer Ausbeutung zu beseitigen und so Bedingungen zu schaffen für eine vollständige soziale Revolution,
* nationalen Frieden, Sicherheit, gleiche Rechte und Glück für alle in einem freien Zimbabwe zu garantieren.

In den Dokumenten der Patriotischen Front werden die Methoden des Kampfes klar festgehalten: „Die grundlegende Kampfform unter den Bedingungen in Zimbabwe ist der revolutionäre bewaffnete Kampf. Alle anderen Kampfformen (Streiks, Sabotage, diplomatische und politische Aktionen etc.) vervollständigen und ergänzen den bewaffneten Kampf." (Zusammengestellt aus: Zimbabwe News 9/2, offizielles Organ der ZANU)



Auch die Frauen Zimbabwes nehmen als Kämpfer am Befreiungskampf teil



Ein Befreiungskämpfer der ZANU bei der politischen Mobilisierung der Bewohner eines Dorfes in Zimbabwe.

...menzuschließen, an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, alle positiven Faktoren in und außerhalb der Partei, sowohl im Inwie auch im Ausland auszunutzen, und beharrlich dafür zu kämpfen, die strategische Entscheidung, „durch Anpacken des Hauptkettengliedes die Angelegenheiten unseres Landes gut zu regeln", zu verwirklichen, die Diktatur des Proletariats zu festigen, noch in diesem Jahrhundert unser Land zu einem großen, mächtigen und modernen sozialistischen Staat aufzubauen, um so für die Menschheit noch größere Beiträge zu leisten.

Wir begrüßen und unterstützen die internationale Politik der Kommunistischen Partei Chinas, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten, am proletarischen Internationalismus festzuhalten und die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für auswärtige Angelegenheiten weiter durchzuführen; die Einheit mit den sozialistischen Ländern, mit dem Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen und mit den anderen Ländern der Dritten Welt zu verstärken, sich mit allen Ländern, die der Aggression, Sub-

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas erfüllt uns mit großer Freude und Begeisterung sowie mit Siegeszuversicht. Die Siege des chinesischen Volkes und seine Beiträge zur proletarischen Weltrevolution sind uns Ansporn, auch unsererseits unseren politischen Aufgaben noch besser nachzukommen, die proletarische Revolution in Österreich vorzubereiten und für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte der Welt zu kämpfen.

Kommunistischer Bund Österreichs
Walter Lindner/Sekretär des ZK